

Deutsche Polizei

Nr. 5 Mai 2002

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

Gemeinsames Handeln – Wege aus der Jugendkriminalität



INHALT

2	EDITORIAL	TARIFRUNDE 2002	19
3	KURZ BERICHTET <i>Kriminalstatistik: „Wieder mehr Straftaten“</i> <i>GdP: Im Bundesgebiet einheitliche Dienstkleidung</i>	<i>Keine moderaten Tarifabschlüsse mehr</i>	
4	KOMMENTAR <i>Schockwirkung</i>	<i>Ich wünsche mir drei Mal im Jahr Tarifverhandlungen!</i>	20
4/5/18	FORUM	RECHT	23
6	TITEL/ JUGENDKRIMINALITÄT <i>Diversionsstag als Antwort auf steigende Jugendkriminalität</i>	<i>Uneidliche Falschaussage eines Polizeibeamten vor Gericht</i>	
8	<i>Öffentlich geförderte Jugendarbeit rückläufig</i>	TAG DER ARBEIT	24
9	<i>DP-Lesetipps</i>	<i>Global ist manchmal ganz nah</i>	
10	<i>Disco-Kids erst nach der Wahl?</i>	MITGLIEDERPROJEKT	25
15	GEWALTDARSTELLUNG <i>Vom Fernsehen auf die Straße</i>	<i>In Brandenburg ist das Mitglieder- projekt Praxis</i>	
16	KINDER UND JUGENDLICHE <i>„Fernsehen – nur ein harmloses Freizeitvergnügen?“</i>	WAFFENRECHT	28
		<i>Retten, was zu retten ist</i>	
		INTERNE ERMITTLUNG	29
		<i>Was tun, wenn der Kollege die Seite wechselt?</i>	
		COMPUTER- KRIMINALITÄT	33
		<i>Forensische EDV-Beweismittel</i>	
		UNFALLBILANZ 2001	34
		<i>Zahl der Verkehrstoten gesunken</i>	



Deutsche
Polizei

Titelgestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
195.286 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEI
LITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Nr. 5 • 51. Jahrgang 2002 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Rüdiger Holecsek,
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon (0211) 7104-103
Fax (0211) 7104-138
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,86 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung:
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdv.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Manfred Wallbrecher, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 1. Januar 2002

Herstellung
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon 02831-396-0, Fax 02831-89887

Dauerbrenner Jugendkriminalität

Das Wort Zukunft zählt zu den beliebtesten Begriffen unter anderem wohl deshalb, weil niemand genau sagen kann, wann sie stattfindet. Zukunftsprognosen, Zukunftspläne, Zukunftsvisionen haben den Vorteil, daß sie nicht überprüfbar sind, weil sich ihr Eintreffen oder ihre Verwirklichung eben immer über die Gegenwart hinaus verschiebt. Deshalb sind Wahlversprechen immer zukunftsorientiert. Wer in die Zukunft denkt, kann es sich für die Gegenwart ersparen. Nur die Kinder halten sich da wieder einmal nicht an die Spielregeln. Kinder sind unser aller Zukunft, sie bereiten aber immer nur in der Gegenwart Probleme. Ein Problem schlimmer Art ist die Jugendkriminalität.

Pädagogen erklären uns immer wieder, warum Jugendkriminalität kein Problem ist: weil sie eine Episode ist. Das mag für den einzelnen Jugendlichen zutreffen (was aber leider auch nicht mehr verallgemeinert werden kann). Wenn Jugendkriminalität für einen Jugendlichen eine Episode, also ein eingrenzbarer Zeitraum ist, sich in diesem eingrenzbaren Zeitraum durch nachwachsende Jahrgänge aber immer wieder Jugendliche aufhalten, dann ist Jugendkriminalität nur für den Jugendlichen eine Episode, für den Erwachsenen nicht. Das

scheint mittlerweile auch einigen Politikern zu dämmern, die bisher den Pädagogen geglaubt haben. In Frankreich jedenfalls müssen sich dieser Tage alle Politiker etwas einfallen lassen – Antworten auf das Problem der Jugendkriminalität sind wahlentscheidend, hört man von dort. Bei uns ist das anders, eben zukunftsorientierter.

Bundeskanzler Schröder hat angekündigt, in den kommenden vier Jahren werde die Bundesregierung besonderes Gewicht auf den weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung legen. Hierzu soll im Einvernehmen

mit den Ländern ein „Zukunfts-Programm Bildung und Betreuung“ aufgelegt werden, das die Bundesregierung in den nächsten vier Jahren mit jeweils einer Milliarde Euro jährlich fördern werde. Eine Regierung, die schon an der Macht ist, gibt nicht jetzt mehr Geld für Ganztagschulen aus, sondern verspricht es für den Fall, dass sie wiedergewählt wird. Das ist nicht so paradox, wie es klingt. Das ist zukunftsorientiert.

Rüdiger Holecek

Die Sogwirkung Berlins...

Über die Sogwirkung Berlins als Bundeshauptstadt ist viel philosophiert worden. Nun hat sie auch die GdP ergriffen und in Teilen einen Spagat zwischen Rhein und Spree verursacht. Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei hat Anfang April neue Geschäftsräume in Berlin bezogen. Das Büro des Bundesvorsitzenden, die Pressestelle, die Abteilungen Beamtenrecht/Beamtenpolitik und Tarifpolitik befinden sich nun in der Stromstraße 4 im Berliner Stadtteil Alt-Moabit. Sie bilden gemeinsam

mit den Fachbereichen des bisherigen Berliner Büros der GdP die neue Bundesgeschäftsstelle Berlin neben der Bundesgeschäftsstelle in Hilden mit den dort verbliebenen Abteilungen. Während der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit derzeit zur Hälfte in Berlin, zu anderen Hälfte in Hilden angesiedelt ist, ist die Redaktion DEUTSCHE POLIZEI noch in Hilden beheimatet. Wer sich in dieser Geographie nicht sofort zurecht findet, braucht keine Sorgen zu haben: egal wo er landet, er ist immer in guten Händen.

Hier jedenfalls die Erreichbarkeiten:

**Gewerkschaft der Polizei
Bundesgeschäftsstelle Berlin
Stromstraße 4
10555 Berlin
Pressestelle 030/39992 –117**

**Gewerkschaft der Polizei
Bundesgeschäftsstelle Hilden
Forststr. 3a
40721 Hilden
Pressestelle 0211/7104 – 105
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI 0211/7104-103**

Kriminalstatistik: „Wieder mehr Straftaten“

Nachdem die polizeiliche Kriminalstatistik in den Jahren 1995 bis 2000 von Jahr zu Jahr leicht sinkende Fallzahlen verzeichnete, ist im Jahr 2001 die Zahl der erfassten Straftaten wieder um 1,6 Prozent gestiegen. Dies bedeutet, dass ca. 100.000 Straftaten mehr als im vorangegangenen Jahr registriert wurden. Die Aufklärungsquote ging mit 53 Prozent gegenüber dem Vorjahr geringfügig zurück (minus 0,2 Prozent).

Die alarmierendste Zahl ist wieder einmal aus dem Bereich

der Jugendkriminalität zu vermelden. Die Jugendkriminalität stieg um 3 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 an, damit hat sich der positive Trend, der im letzten Jahr zu verzeichnen war, nicht fortgesetzt (siehe dazu auch Seite 6 ff.). Bei den bis jetzt vorliegenden Erkenntnissen lässt sich nur für den Bereich der Kfz-Diebstähle ein rückläufiger Trend (minus 9 Prozent) feststellen. Besorgnis bereitet weiterhin der Bereich der Gewaltkriminalität. Im Jahr 2001 stieg die Zahl der registrierten Fälle um

0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Weiterhin ansteigend sind auch die Zahlen im Bereich der Rauschgiftkriminalität, die Zahl der erfassten Fälle stieg um 1 Prozent gegenüber dem Jahr 2000 an. Allerdings ist der Trend bei den Heroin- und Kokaindelikten leicht rückläufig. Dagegen war ein starker Anstieg im Bereich von Ecstasy zu verzeichnen.

Bei den Tatverdächtigen hat sich der Trend eines Rückgangs der Zahlen im Bereich der nicht-deutschen Tatverdächtigen fort-

gesetzt. Der Anteil liegt im Jahr unter 25 Prozent aller Tatverdächtiger.

Sehr starke Anstiege sind noch im Bereich der Wohnungseinbrüche (plus 6 Prozent) sowie im Bereich der Wirtschaftskriminalität (plus 23 Prozent) zu verzeichnen.

Mit einer Veröffentlichung der bundesweiten polizeilichen Kriminalstatistik durch den Bundesinnenminister ist voraussichtlich im Mai 2002 zu rechnen.

GdP: Im Bundesgebiet einheitliche Dienstkleidung

Seit Januar ist Dr. Kuno Böse, Senator für Inneres, Kultur und Sport der Freien und Hansestadt Bremen Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder (IMK). Über das künftige Arbeitsprogramm der IMK und Probleme der Polizei sprachen mit ihm der GdP-Bundesvorsitzende Konrad Freiberg, der stellvertretende Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut und der Vorsitzende des Landesbezirks Bremen Dieter Oehlschläger.

Die GdP bat den IMK-Vorsitzenden, das Thema der bundeseinheitlichen Dienstbekleidung der Polizei auf einer der nächsten Sitzungen zu behandeln. Verschiedene Vorstöße einzelner Bundesländer drohten den Konsens über ein einheitliches Erscheinungsbild zu gefährden. Auch die GdP ist der Auffassung, dass die Dienstkleidung einem stetigen Wandel unterworfen ist.

Hamburgs Innensenator Ronald Schill tritt seit einigen Monaten dafür ein, Hamburgs Polizeibeamtinnen und -beamte mit blaufarbenen Uniformen auszustatten. Da – wie in anderen Ländern auch – dem Hamburger In-

nensenator das Geld dafür fehlt, setzt sich Schill für eine Fremdfinanzierung durch Sponsoring seitens privater Unternehmer ein. Die Gewerkschaft der Polizei drückte gegenüber dem IMK-Vorsitzenden ihre Sorge darüber aus, dass mit einem solchen Vorstoß nicht nur die Bundeseinheitlichkeit der Polizei-

dienstkleidung gefährdet werden könnte, sondern durch privates Sponsoring von Polizeiausstattung das bisherige Prinzip der völligen Unabhängigkeit der Polizei gegenüber Dritten verletzt werden würde. GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg: „Der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass er von Flensburg bis

Passau einen Polizeibeamten an der Dienstkleidung erkennen kann. Wenn neue Uniformen eingeführt werden, muss dies bundesweit geschehen.“ Für problematisch hält der GdP-Vorsitzende, der seine Bemühungen mit einem offiziellen Schreiben an die IMK unterstrich, das Werben eines Polizeidienstherrn um private Spenden. Freiberg: „Gerade wegen der jüngsten Ereignisse um die Verkettung von Politik und privatwirtschaftlichen Interessen sollte die Polizei auf Sponsoring im großen Stil verzichten. Die Polizei sollte keinen Zweifel an ihrer Unparteilichkeit aufkommen lassen.“ Besorgt äußerte sich auch IMK-Vorsitzender Dr. Böse über Vorstöße, die das Verständnis der Innenministerkonferenz gefährdeten, über grundlegende Fragen der Polizei Einvernehmen herzustellen.

Die GdP erörterte mit dem IMK-Vorsitzenden unter anderem auch die Frage der Auslandseinsätze, den Stand Inpol Neu, geplante Änderungen im Versammlungsrecht, den Ausbau von Europol und die zügige Umsetzung der Zweigeteilten Laufbahn.



Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz: Bernhard Witthaut, stellv. Bundesvorsitzender, Bremens Innensenator Dr. Kuno Böse, Dieter Oehlschläger, GdP-Landesvorsitzender und Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender (von links).

Foto: Holecek

hol

Schockwirkung

Von Konrad Freiberg

Die Schlinge zieht sich immer mehr zusammen. Als vor Jahren die Gewerkschaft der Polizei vor der stetig wachsenden Jugendkriminalität warnte, wurde ihr von vielen Seiten Scharfmacherei vorgeworfen. Jugenddelinquenz war für viele



– Eltern, Lehrer, Politiker, Jugendarbeiter, Richter – eine entwicklungstypische, zeitlich begrenzte Entgleisung. Das mag in einem gewissen Rahmen zwar immer noch stimmen, wenn ein Jugendlicher eine Verfehlung begeht. Von der „Mutprobe“, im Kaufhaus eine CD zu klauen, mal einen über den Durst zu trinken oder eine Straßenlaterne kaputt zu schmeißen, ist hier nicht die Rede. Die Gewalt, die zum Ausbruch kommt, ist von einem anderen Kaliber. Langsam reift die Erkenntnis, dass sich hier um ein Problem handelt, das sich langsam zu einer handfesten Bedrohung entwickelt. In Frankreich sind die Themen

Jugendgewalt und Jugendkriminalität beherrschend. Die Bilder und Berichte aus den Städten dort machen Angst. In den liberalen Niederlanden mussten die etablierten Parteien auf kommunaler Ebene herbe Niederlagen einstecken, da die Bürger mit den Verhältnissen in den Städten nicht mehr einverstanden sind. Auch in Deutschland spüren immer mehr Bürger die Beeinträchtigungen im täglichen Leben durch Beleidigungen, Nötigungen, Gewalt und Vandalismus vor allem durch jugendliche Täter.

Während sich in den letzten Jahren die Gesamtkriminalität auf einem leider viel zu hohem Niveau immerhin stabilisierte, nimmt sie nach jüngsten Informationen über die bis zum Redaktionsschluss immer noch nicht offiziell veröffentlichte Bundeskriminalstatistik 2001 wieder eine Kurve nach oben. Besonders die Gewalt- und Jugendkriminalität steigt unvermindert an.

Es gibt viele Ursachen für diese Entwicklung aber keine Schuldigen. „Schule kann nicht die Defizite der elterlichen Erziehung ausgleichen“, sagt die Schule. „Wir können erziehen wie wir wollen, wenn sich in der Schule keiner um die Kinder kümmert, ist alles für die Katz“, sagen die Eltern. Beide geben den Medien Schuld, vor allem deren Neigung, immer spektakulärere Horror- oder Gewaltdarstellungen zu zeigen. Ergreift ein Lehrer eine erzieherische Maßnahme (zum Beispiel in dem er ein Schüler-Handy aus dem Fenster wirft), wird er von den empörten Eltern vor Gericht gestellt. Berichtet ein Schüler von einer zu Hause eingehandelten Ohrfeige, mobilisiert sich die sozialpädagogische Inquisition, weil der Verdacht einer Kindesmisshandlung naheliegt. Die Polizei, durch aufgebrachte Bürger

aufgefordert, Jugendkriminalität zu bekämpfen, findet in der Justiz oft keine Freunde.

Die Entsolidarisierung der Erwachsenen, die sich gegenseitig die autoritative Instanz streitig machen, ist eines der grundlegenden Übel. Dass es auch anders geht, dass den Jugendlichen und Kindern besser geholfen ist, wenn alle, die mit ihnen zu tun haben zusammenarbeiten, soll ein Modell zeigen, das im nordrhein-westfälischen Wuppertal praktiziert wird (siehe an anderer Stelle dieser Ausgabe). In anderen Städten und Ländern gibt es ähnliche Beispiele.

Die Ergebnisse der PISA-Studie haben einen Schock ausgelöst. Auch wenn hinter manch einer Politiker-Betroffenheit die alleinige Sorge um die künftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes durchschimmert, ist man wohl jetzt gezwungen, die Verhältnisse an den deutschen Schulen etwas konkreter ins Auge zu fassen. Unseren Kolleginnen und Kollegen vor Ort, die mit diesen Verhältnissen und mit dem Freizeitverhalten der Jugendlichen oft bestens vertraut sind, überrascht das schlechte Abschneiden unserer Schülerinnen und Schüler im internationalen Vergleich wenig.

Derzeit wird viel über die Fußballweltmeisterschaft geredet, die 2006 in Deutschland stattfinden soll. Bürgermeister und Ministerpräsidenten kämpften um die Zuschläge von Austragungsorten und Pressezentren. Hohe Investitionen im Ausbau von Straßen und Verkehrssystemen werden versprochen, verträumt spekuliert man auf die Gewinne, die das Spektakel einfahren soll.

Man wünschte sich nur einen Bruchteil dieses Engagements unter den Städten und Ländern auf dem Schul- und Bildungsbereich. Wo Schulen verrotten und Stadien funkeln, ist eine Gesellschaft auf dem Irrweg.

„Illegale Zuwanderung“, DP 4/02

Der Einreisegrund der sozialen Not erfordert neue Denksätze, da dieser zu wenig auch von denjenigen Bürger/-innen und Gruppen beachtet bzw. in die Diskussion gebracht wird, die etwas für solche Menschen tun wollen.

Um langfristig den Schlepfern das Handwerk zu legen, sollte über eine „Social Green Card“ nachgedacht werden. Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände müssten eine Liste geeigneter sozialer Einrichtungen in den Heimatländern der Einwanderer auswählen, denen die legal nach Deutschland einreisenden und hier arbeitenden Menschen nachweislich 10% ihres Einkommens spenden müssten. Die „Anwerbung“ der Immigranten müsste in den Schwerpunkt-Herkunftsländern vor Ort stattfinden. Die Zwangsspende würde für das aufnehmende „reiche“ Gastland sowie für den einwandernden Menschen gleichermaßen die soziale Verantwortung im „armen“ Herkunftsland dokumentieren und vertraglich sichern.

Thomas Ohl,
Langenselbold



Mit Interesse habe ich auch diesen Beitrag zu dem leidigen Thema „Zuwanderung/Illegale/Asyl“ gelesen. Im letzten Abschnitt „Was tun?“ standen dann bedenkliche Vorschläge, was mich bewegte, nach dem Autor zu suchen. Und da lese ich den Namen des mir zuvor unbekannteren Karl Kopp, welcher doch tatsächlich Europareferent von „PRO ASYL“ ist bzw. mit der „Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge e.V.“ in Verbindung steht.

Es muss doch nun nicht sein, dass die Zeitung der GdP einer solchen Person bzw. Gruppierung, die sich offensichtlich für noch mehr Flüchtlinge und Asy-

lanten in unserem Land einsetzt und damit den Bemühungen sämtlicher Regierungen und Behörden in Bund und Land entgegenarbeitet, Platz für solche Äußerungen zur Verfügung stellt! Sie müssen doch solch eine kleine fehlgeleitete Minderheit vernunftferner Idealisten nicht noch bei ihren Aktivitäten unterstützen!

Aber dieser Artikel reiht sich nahtlos ein in weitere Beiträge, an die ich mich erinnere. Z.B. gab es mal einen Beitrag zu Schwulen/Lesbengruppen in der Polizei, oder als es um den Umgang mit aggressiv bettelnden Punkern ging. Beim Gedanken an die da gemachten Vorschläge (u.a. Unterabschnitte und Diskussionsrunden einrichten) muss ich heute noch lachen.

Liebe Redaktion, gibt es denn nicht genügend Autoren mit normalem Menschenverstand, die politisch in der Mitte stehen?

**Roland Bock, Ilshofen,
per E-Mail**

„Äußeres Erscheinungsbild“, DP 2/02

Für mich ist in keinster Weise nachvollziehbar, aus welchen Gründen die GdP einen Artikel wie den des Herrn Henrichs in ihrer Zeitschrift abgedruckt hat. Mit dem äußerst subjektiven, undifferenzierten und stockkonservativen Artikel, weit entfernt von einem kleinsten Funken an Liberalität, habt ihr euch ein Armutzeugnis ausgestellt. Wenn ihr schon der Meinung seid, dass man über dieses Thema gewerkschaftsintern eine Diskussion führen muss, und ich bezweifle diese Notwendigkeit, mit der Aufarbeitung eurer Misserfolge der letzten Zeit habt ihr mehr als genug zu tun, dann sollte das doch auf einer anspruchsvolleren Ebene stattfinden.

Der Beamte Henrichs sollte doch mal ehrlich zu sich selbst sein und nicht immer die doch mehr als dehnbaren Wohlverhaltenspflichten der Beamten und die Fürsorgepflichten des Dienstherrn gegenüber seinen Beamten hinsichtlich der langen

Haare und von Ohrschmuck für seine konservativen Wertvorstellungen instrumentalisieren.

Henrichs Welt ist einfach: Zoll, Bundeswehr und Polizei gehört alles in einen Topf, Männer immer sauber die Haare geschnitten, Polizeischnurrbart wahrscheinlich auch gerne gesehen, auch gut das Vorbild GdP-Männchen, natürlich keinen Ohrschmuck, und Tätowierungen erst recht nicht. Das alles zählt natürlich nicht für Frauen, wer ein traditionelles Männerbild hat, der hat das auch für Frauen.

Die angeführten Umfragen sind für mich absolut nicht maßgebend, da hier die näheren Einzelheiten doch in einem mehr als ungenügendem Umfang wiedergegeben wurden. Für die Pfälzer dürfte jedoch das äußere Erscheinungsbild so wichtig gar nicht sein, man muss ja nur mal bei dem Ministerpräsidenten Beck näher hinschauen, das bringt wahrscheinlich sogar Henrichs Welt ins Wanken.

Die Rechtsprechungsübersicht des Herrn Henrichs wird ebenfalls einer neutralen und differenzierten Betrachtungsweise in keinster Weise gerecht.

Was sollen denn im Jahr 2002 die Mottenkistenausführungen aus dem Jahr 1986 mit dem Gesabber der nonkonformistischen und betont individuellen Geisteshaltung? Ist das dann der Aufruf zum Radikalerlass für alle Ohrringträger und Träger von Zöpfen bei der Polizei, und die Tätowierten, die nehmen wir dann auch gleich mit, oder wie soll ich das sonst verstehen?

Außerdem sind zumindest zur heutigen Zeit hinsichtlich der angesprochenen Problematik Polizei und Bundeswehr eben nicht mehr miteinander zu vergleichen, dies wurde z.B. im „Lagerfeldzopfurteil“ des Verwaltungsgerichts Hessen ausdrücklich aufgeführt. Herr Henrichs hat sich jedoch darauf beschränkt, in den von ihm angeführten Gerichtsentscheidungen nur die für seine Geisteshaltung wichtigen Passagen unters Volk zu jubeln, genauso sieht es aus. Und die GdP macht da noch munter mit. Euch dürfte doch die Urteilsbegründung aus Hessen

auch bekannt sein. Für mich sind bzgl. der Haartracht von Polizeibeamten in erster Linie zwei Gerichtsentscheidungen von Bedeutung. Das sind das o.g. Urteil aus Hessen und das danach gefällte Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes in Berlin betreffend eines Polizeibeamten aus Bayern. Beide Urteile beziehen sich auf Polizeibeamte und sind neueren Datums. Und beide Urteile geben den betreffenden Polizeibeamten das Recht auf längere Haartracht.

Aus dieser Rechtsprechung leitete ich auch für mich das Recht auf einen Zopf heraus. Wem das nicht gefällt, der kann doch gerne gegen mich klagen, da hat doch jeder das Recht dazu, das macht doch unseren Staat aus. Und entscheiden wird dann das Gericht. Da wird über meine Frisur nicht abgestimmt, wie der Jurist Henrichs das scheinbar meint oder will.

Und das Gespräch von einseitigem Nutzen eines einwandfreien Äußeren, das ist doch auch so ein Hasenargument. Bei mir gab es noch nie diesbezüglich einen Unterschied. Weder mit kurzem Haar, noch mit Zopf. Alles Lyrik für einsame Stunden beim Beamtenbund.

Und wo ist denn für Herrn Henrichs das Problem?

Was soll denn so schlimm sein, wenn ein Polizist in ordnungsgemäßem Dienstanzug im Dienste des Bürgers engagiert seine Arbeit verrichtet und halt einen Zopf hat oder einen Ohrring trägt oder eine Tätowierung?

Als absolut nicht hinnehmbar für mich ist die Suggestion des Herrn Henrichs, dass Polizeibeamte mit langen Haaren nicht zu der professionellen Polizei Deutschlands gehören, eine grobe Beleidigung ist der Schlussabsatz mit dem Kollegenzitat. Gerade der letzte Absatz, für mich eine Sauerei sondergleichen, spiegelt den Grundtenor des Artikels und die Geisteshaltung seines Autors wider. Für mich ist das einfach reaktionär.

**Engelbert Blaß,
Emsdorf**



Wenn etwaige Ohrstecker tatsächlich nur wegen eines dadurch erhöhten Verletzungsrisikos damit geschmückter Kollegen abzulehnen sind, wie von einigen Diskutanten vordergründig behauptet, gilt dies wohl genauso für den Ohrschmuck der Kolleginnen, und erst recht für die alberne Krawatte. Auch der sogenannte Binder bietet renitentem polizeilichen Gegenüber hervorragende Angriffsmöglichkeiten.

Thomas Heinemann, Berlin



Einmal abgesehen von den unterschiedlichen Auffassungen zu dem Thema „Erscheinungsbild der Polizei“ ist doch positiv festzustellen, dass sich so viele Kolleginnen und Kollegen per Leserbrief an der Diskussion beteiligen.

Gerade im Zusammenhang mit dem Mitgliederprojekt der GdP und vielen Unkenrufen zum Trotz, macht die rege Beteiligung Hoffnung, dass die GdP offensichtlich doch eine lebende Mitgliederorganisation ist. Die GdP ist nun mal nicht nur der weit entfernte Vorstand sondern die GdP ist die Gesamtheit der Mitglieder mit ihren unterschiedlichen Sichtweisen, Einstellungen und Erfahrungen, auf die Vorstände angewiesen sind.

**Dietmar Schilff
stellv. Vorsitzender
GdP Niedersachsen**

(Fortsetzung auf Seite 18)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Diversionsstag als Antwort auf steigende Jugendkriminalität

Der Zuständigkeitsbereich des Präsidiums umfasst die bergischen Großstädte Wuppertal, Remscheid und Solingen, zusammen etwa 650.000 Einwohner. Etwa 130.000 Einsätze, 23.000 Unfälle und 50.000 Straftaten sind mit ca. 1.700 Beschäftigten zu bewältigen. Bei Sicherheitsvergleichen nimmt die bergische Region bundesweit stets einen Spitzenplatz ein.

Dennoch gibt die Entwicklung der Jugendkriminalität in Wuppertal, Remscheid und Solingen mit einem Anstieg der tatverdächtigen Kinder in den letzten zehn Jahren um fast 42 Prozent und Jugendlichen um 53 Prozent Anlass zur Sorge. Noch alarmierender ist der explosionsartige Anstieg der Gewaltkriminalität bei Kindern und Jugendlichen von 300 Prozent bzw. 189 Prozent. Der Innenminister des Landes NW, Dr. Fritz Behrens, hat bei der Vorstellung der Kriminalstatistik die Brisanz dieser im Ergebnis auch landesweiten Entwicklung betont.

Selbst die Zweifler an der Aussagekraft der polizeilichen Kriminalstatistik werden erkennen müssen, dass ein negativer Trend deutlich wird. Die Erfahrungen der Mitarbeiter in den Dienstgruppen und Kommissariaten sowie der Lehrer, Eltern und Erzieher bestätigen durch Berichte über zunehmende Tendenzen zur Verwahrlosung, Gewaltbereitschaft und Drogenkonsum diesen Trend.

Austesten von Grenzen

Kriminologen und Gesellschaftswissenschaftler weisen darauf hin, dass kriminelle Handlungen im Reifungsprozess als Austesten von Grenzen Teil des normalen Entwicklungsprozesses sind. In den meisten Fällen führen gesellschaftliche Er-

Von Joachim Werries und Rainer Dielt

Ein Anstieg der Jugendkriminalität mit immer jüngeren Tatverdächtigen und brutaleren Tatbegehensweisen zeichnet ein düsteres Bild von der weiteren Entwicklung. Sind die bisherigen Strategien gescheitert? Ist dieser Trend nicht mehr zu stoppen? Vielleicht bietet der „Diversionsstag“, wie er zur Zeit beim Polizeipräsidium Wuppertal in Nordrhein-Westfalen durchgeführt wird, eine neue Perspektive.



ziehungsmechanismen dazu, dass die Begehung einer Straftat ein einmaliger Vorfall bleibt, womit Sanktionen seitens der Strafverfolgungsbehörden überflüssig werden. Allerdings verliert die Familie als sozialer Bezugspunkt

und Hauptvermittler von Werten und Normen zunehmend an Bedeutung. Veränderte gesellschaftliche Wertvorstellungen führen zur Bagatellisierung kleinerer Verstöße. Das Überschreiten von Grenzen bleibt folgenlos.

Reaktionen auf Normenverstöße werden erst bei schwereren Delikten erkennbar.

Antworten erwartet

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Antworten und geben sich mit einem „Weiter so“ nicht mehr zufrieden. Es ist an der Zeit, über Gegenmaßnahmen nachzudenken. Aber weder die Polizei, noch die Justiz, noch Schulen, Jugendgerichtshilfe oder Familienhelfer sind alleine in der Lage, Veränderungen herbeizuführen. Daher erscheint es sinnvoll, die Reaktionen der einzelnen Institutionen zu koordinieren und dem komplexen Ursachensystem ein vernetztes, aufeinander abgestimmtes, am Einzelfall orientiertes Maßnahmenbündel entgegenzusetzen.

Durchführung des Diversionsstages

Bereits vor einigen Jahren wurde zur Vermeidung eines Strafverfahrens die Diversion eingeführt, um durch erzieherische Wirkung Jugendliche von der Begehung weiterer Straftaten abzuhalten. Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe werden aber nacheinander tätig, wobei schon durch die Übermittlung und Bearbeitung der Akten drei bis vier Monate verstreichen, was zu einer Einschränkung der erzieherischen Wirkung führt. Eine deutliche Verkürzung lässt sich nur erzielen, wenn alle beteiligten Behörden kurze Wege außerhalb der bestehenden Geschäftsabläufe akzeptieren. Erreicht werden sollte:

- die Effektivität bei der Bearbeitung der Jugenddelinquenz zu erhöhen,
- die behördenübergreifende Zusammenarbeit zu optimieren,

Die Jugendkriminalität stieg 2001 um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Hemmschwelle für Gewaltanwendung sinkt. Ist der Trend zu stoppen? Wie lassen sich kriminelle Karrieren abwenden? Der Diversionsstag in Wuppertal ist eine Antwort. Fotos (3) dpa

- die staatlichen Reaktionen auf Straftaten junger Menschen zu beschleunigen,
- bereits bei der ersten Verfehlung rasch und zeitnah zu reagieren,
- langfristig die Jugenddelinquenz zu reduzieren.

der Beweisführung zum Inhalt haben. Eine Auflistung der Beschuldigtenpersonalien wird im Vorfeld an die Staatsanwaltschaft und die Jugendgerichtshilfe übersandt, die die Fälle aus ihrer Sicht beurteilen. Die Jugendlichen werden von der Poli-

Eindruck darüber mit und schlägt eine Maßnahme vor.

Der Staatsanwalt erteilt dem Jugendlichen eine Auflage, wie beispielsweise die Ableistung von Sozialstunden, die Entschuldigung beim Geschädigten oder die Zahlung einer Geldbuße. Der

re Körperverletzungs- und Verkehrsdelikte heranwachsender Ersttäter und vereinzelte Durchführung eines Täter/Opfer-Ausgleiches verhandelt.

Wirksam, aber aufwändig

Vorteil dieser Straffung der Verfahrensabläufe ist,

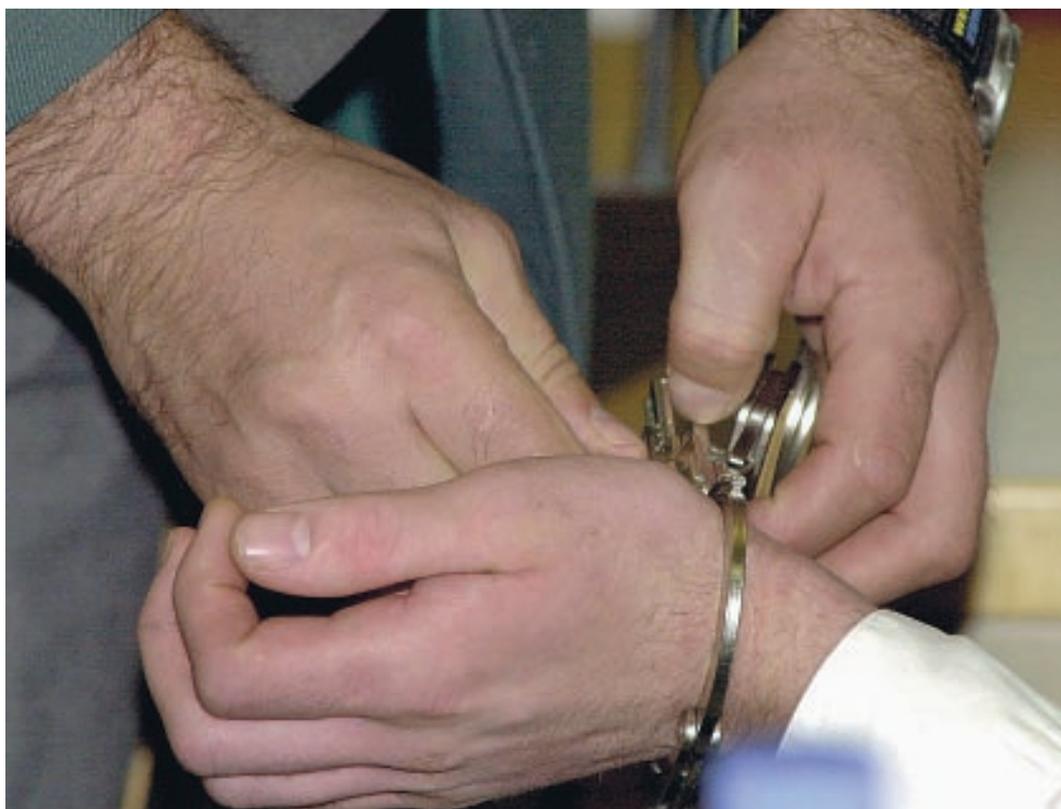
- dass die Tat schnell eine Konsequenz nach sich zieht,
- dass beim Erziehungsberechtigten ein höherer Aufmerksamkeitswert und damit eine höhere Bereitschaft zur ergänzenden eigenen Intervention bewirkt werden kann,
- dass für den Jugendlichen und seine Familie der Zeitraum der Ungewissheit auf ein Mindestmaß reduziert wird und damit früher wieder „Ruhe einkehrt“,
- dass der Diversionstag die Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen durch persönlichen Informationsaustausch fördert.

Die Staatsanwaltschaft hat die Möglichkeit sich einen eigenen Eindruck vom Verhalten eines Jugendlichen zu machen.

Zu viele Fälle auf der Tagesordnung können die Gefahr mit sich bringen, dass Vorgänge fließbandmäßig abgearbeitet werden. Die Jugendlichen bemerken sehr schnell, wenn für sie nicht genügend Aufmerksamkeit bleibt. Die Kapazitätsgrenze ist genau zu analysieren.

Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass die Vorbereitung und Durchführung eines Diversionstages aufwändiger ist. Im Vorfeld ist viel zusätzlicher Schriftverkehr zu erledigen. Es müssen ausreichend adäquate Räume für Vernehmungen und Gespräche und genügend ausgebildete Jugendsachbearbeiter zur Verfügung stehen.

Die bisher durchgeführten Diversionstage machen deutlich, dass bei den Jugendlichen die Konfrontation mit den Institutionen an einem Tag einen nachhaltigen Eindruck hinterlässt. So wurden in Remscheid seit Beginn des Projekts im April 2000 bis zum Februar 2002 an 17 Diversionstagen 340 Verfahren abschließend verhandelt. In le-



Handfesseln öffnen: gemeinsames Handeln kann der Schlüssel zur Lösung des Problems Jugendkriminalität sein.

Verfahren an einem Tag

Gemeinsame Überlegungen der Staatsanwaltschaft Wuppertal und des Direktors des Amtsgerichtes Remscheid mit der Polizeiinspektion Remscheid, der Jugendgerichtshilfe Remscheid und später auch mit den Polizeiinspektionen Solingen und versuchsweise Wuppertal-West zur Straffung der Abläufe führten dazu, das Verfahren mit allen Beteiligten an einem Tag bei der Polizei stattfinden zu lassen.

Während eines Monats sammeln die Mitarbeiter der „Arbeitsgruppe Jugendkriminalität“ bei der Polizei Vorgänge, die sich gegen jugendliche Ersttäter richten und einfach gelagerte Sachverhalte ohne Schwierigkeiten in

zei gemeinsam mit ihren Erziehungsberechtigten schriftlich zu dem mit allen abgestimmten Diversionstag vorgeladen. Bis dahin wird der komplette Vorgang von der Polizei, mit Ausnahme der Vernehmung des Beschuldigten, vorbereitet. Die Staatsanwaltschaft bringt eine entsprechende Anzahl von Akten und Aktenzeichen für die angeregten Fälle mit.

Am Diversionstag findet zunächst die polizeiliche verantwortliche Vernehmung statt. Anschließend wird der Jugendliche mit dem fertiggestellten Vorgang der Jugendgerichtshilfe übergeben. Diese führt mit dem Jugendlichen und seinen Erziehungsberechtigten ein Gespräch, teilt dem Staatsanwalt seinen

Jugendgerichtshelfer eröffnet dem Jugendlichen die Entscheidung des Staatsanwaltes und teilt im Falle einer abzuleistenden Auflage sofort eine geeignete Einsatzstelle (z.B. Krankenhaus) mit. Der Nachweis an die Staatsanwaltschaft über die Erfüllung der Auflage, die in der Regel innerhalb von 4 Wochen abzuleisten ist, wird von der Jugendgerichtshilfe erbracht, bei der auch das Schlussgespräch stattfindet.

Wird nach dem gemeinsamen Eindruck von Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Polizei eine Maßnahme im Rahmen der Diversion nicht für ausreichend erachtet, erfolgt eine Anklage durch den Staatsanwalt. Mittlerweile werden auch kleine-

JUGENDKRIMINALITÄT

diglich 24 Fällen (ca.7 Prozent) wurden Jugendliche danach erneut auffällig.

Rahmenbedingungen müssen stimmen

Ein Diversionstag wird nur dann erfolgreich sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen und die Zusammenarbeit der handelnden Personen und beteiligten Institutionen gut ist. Nur dann ist das überdurchschnittliche persönliche Engagement zu erwarten, welches für eine erfolgreiche Durchführung des Diversionstages unerlässlich ist.

Ausblick

Präventionsbemühungen, wie Busbegleiterprojekte, Streitschlichterprogramme, Multiplikatorenschulungen zum Thema „Gewalt an Schulen“ etc., werden durch einen Diversionstag nicht überflüssig. Jugendspezifische Präventionsmaßnahmen sollten auch weiterhin im Rahmen von Ordnungspartnerschaften aufeinander abge-



Es ist nicht akzeptabel, dass in Fällen wie „Mehmet aus München“ oder „Crash Kid aus Monheim“ alle öffentlichen Stellen darauf warten, dass endlich die Strafmündigkeitsgrenze überschritten wird...

stimmt werden.

Ein institutionalisierter Dialog mit Bürgern und staatlichen Verantwortungsträgern, mit Verbänden und karitativen Einrichtungen in der Erziehungs- und Jugendarbeit erscheint nach hiesigen Erfahrungen hilfreich.

Es sollte darüber nachgedacht werden, ob mit individuell abgestuften Maßnahmen stärker in die Nachfrageebene der Drogen-



Brachiale Gewalt: Vor dem Eigentum Anderer lassen viele jugendliche Straftäter nötigen Respekt vermissen.

kriminalität eingegriffen werden sollte, um auch die Händler-ebene nachhaltig zu beeinflussen. Kleinere Verstöße könnten im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft in den Diversionstag einbezogen werden.

Es ist nicht akzeptabel, dass in Fällen wie „Mehmet aus München“ oder „Crash Kid aus Monheim“ alle öffentlichen Stellen darauf warten, dass endlich die Strafmündigkeitsgrenze überschritten wird, um mit der „ultima ratio des Strafrechts“ Regelungen mit Verbindlichkeitscharakter zu haben. Maßnahmen gegen den Willen der Eltern und Kinder sollten auch vorher anwendbar sein. Daher ist zu überlegen, ob die positiven Wirkungen eines Diversionstages auch für unter 14-jährige verfügbar gemacht werden sollten, um mit dem Aufzeigen von Konsequenzen eine Chance zu bekommen, eine „Intensivtäterkarriere“ schon im Anfangsstadium zu verhindern.

Kein Allheilmittel

Nur eine spartenübergreifende Zusammenarbeit aller am Erziehungsprozess Beteiligten kann mittel- bis langfristig zu einer Entspannung im Bereich der Jugendkriminalität führen. Der Diversionstag zeigt, dass zuständigkeitsübergreifende Sichtweisen zu guten Ergebnissen führen können. Damit bleibt abschließend festzustellen, dass der Diversionstag beim Polizeipräsidium Wuppertal zwar nicht das Allheilmittel gegen zunehmende Jugendkriminalität darstellt, aber eine erfolgversprechende Richtung aufzeigt, die es sich lohnt, im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen weiter zu verfolgen.

Autor Joachim Werries ist Polizeipräsident in Wuppertal, Kriminaloberrat Rainer Dieltz (Dzernent GS 2, Wuppertal) stand ihm als Co-Autor zur Seite.

Haus des Jugendrechts

Auf ein weiteres Beispiel für schnelles und koordiniertes Reagieren staatlicher und kommunaler Stellen auf Kinder- und Jugendkriminalität kann Stuttgart verweisen. Dort sitzen die Verantwortlichen im „Haus des Jugendrechts“ gemeinsam unter einem Dach – beste Voraussetzung für unverzügliche Bearbeitung eingehender Fälle. Mehr darüber in unserer nächsten Ausgabe.

Öffentlich geförderte Jugendarbeit rückläufig

Insgesamt 116.650 Maßnahmen der Jugendarbeit wurden im Jahr 2000 von öffentlichen Stellen des Bundes, der Länder und Gemeinden finanziell gefördert. Im Vergleich zur letzten Erhebung 1996 sei dies ein Rückgang um rund elf Prozent, meldete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

Erfasst wurden Maßnahmen der Kinder- und Jugendberufshilfe, außerschulischen Jugendbildung, internationalen Jugendarbeit sowie die Mitarbeiterfortbildung freier Träger. Mehr als die Hälfte (59.900 oder 51 Prozent) aller Maßnahmen erfolgte 2000 im Bereich der Kinder- und Jugendberufshilfe. Dies, so erklärten die Statistiker, seien 12 Prozent weniger als 1996.

Auch die Zahl der jungen Menschen, die an Veranstaltungen der öffentlich geförderten Jugendarbeit teilgenommen haben, habe sich verringert. Sie verminderte sich gegenüber 1996 um knapp 125.000 oder rund drei Prozent auf 4,5 Mio.

DP-Lesetipps

Die Kriminalität junger Menschen ist – obwohl nicht ständig in den Schlagzeilen der ersten Seiten – ein Dauerbrenner. Allein die sich Jahr für Jahr erhöhende Zahl tatverdächtiger Kinder und Jugendlicher gibt zu begründeten Sorgen Anlass. Verschärfend kommt hinzu, dass die halbwüchsigen Täter immer brutaler werden.

Die DEUTSCHE POLIZEI und der Verlag Deutsche Polizeiliteratur (VDP) haben sich in mehreren Publikationen dem Thema genähert. Zusätzlich zur aktuellen Titelseite bringen wir die keineswegs veralteten Texte noch einmal in Erinnerung:

dp special Nr. 11 (Beilage zur DP- Ausgabe 6/2000) „Zwischen Spaß und Schock – Vom vernünftigen Um- gang mit jugendli- chen Straftätern.“



Autorin Dr. Susanne Karstedt beleuchtet den „richtigen Umgang mit der Jugendkriminalität“ und plädiert: „In Zeiten knapper Mittel in den öffentlichen Kassen ist es mehr denn je notwendig, die laufenden und bestehenden Maßnahmen einer Ziel- und Qualitätskontrolle zu unterziehen. Für neue Projekte gilt ebenso, dass man zumindest zu einer Vorab-Einschätzung ihrer möglichen Wirkungen kommt, ehe man die geplanten Maßnahmen

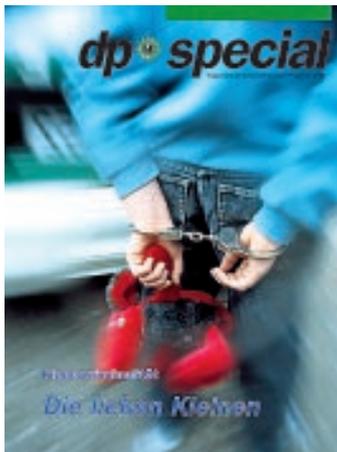
in die Tat umsetzt, vor allem, wenn man das ‚flächendeckend‘ machen möchte. Ein wirkungsloses Programm, das flächen-deckend ist, ist nur teurer, sonst nichts.“ Aber es gehe auch um die Arbeitskraft und das Engagement von hervorragend ausgebildeten Kräften in diesem Bereich. Schließlich gehe es um die Jugendlichen selbst: Es solle ihnen mit den besten und wirksamsten Mitteln in problematischen Lebenslagen wirkungsvoll geholfen werden.

Dr. Karstedt erläutert in ihrem Text erfolgreiche und weniger erfolgreiche Programme und fordert eine „Evaluationskultur“ ein, die verhindern könne, dass „die Probleme der Jugendkriminalität und straffällig gewordener Jugendlicher in erster Linie Gegenstand politischer Interessen oder zum Thema im Wahlkampf werden“.

Das dp-special Nr. 11 gibt es im Internet als pdf-Format im Original-Layout unter www.gdp.de

dp special Nr. 4 (Beilage zur DP Ausgabe 8/1998) „Kinderkriminalität – Die lieben Kleinen“.

Für die Autoren Norbert Zerr und Gunther Dreher ist die Statistik eindeutig: „Die Kriminalität von Kindern in Deutschland nimmt zu. Über die Ursachen wird erstaunlicherweise wenig



gestritten, dafür aber um so mehr über die Rezepte, die den Trend brechen sollen.“ Ausführlich erörtert das Autorengespann den Begriff „Kinderkriminalität“ aus kriminologischer und polizeilicher Sicht, beleuchtet die Aussagekraft der Polizeilichen Kriminalstatistik, beantwortet die Frage, ob die Schule ein „Hort der Gewalt“ ist und skizziert kindliche Intensivtäter. Für Zerr und Dreher ist eins klar: „Nur durch langfristige Beeinflussung von Einstellungs- und Verhaltensstrukturen kann zunehmender Gewaltbereitschaft entgegengewirkt werden. Hinzu kommt, dass wieder glaubhaft gesellschaftliche Werte und Regeln vermittelt werden müssen und dass Mitmenschen bereits im Kindesalter geschätzt werden sollten.“

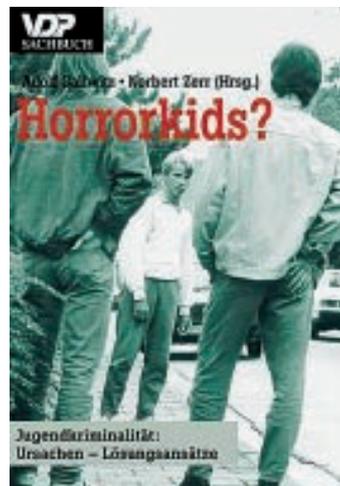
Das dp-special Nr. 4 gibt es im Internet als pdf-Format im Original-Layout unter www.gdp.de

Das VDP-Buch: Horrorkids? Jugendkriminalität: Ursachen – Lösungsansätze

Aufrüstung, Erpressung, Diebstahl, Drogenkonsum, Lehrer-, Polizisten- und Selbstmord – die Bereitschaft der jungen Generation zur Gewalt gegen sich und andere ist täglich präsent. Über die tatsächliche Zahl und Struktur der jugendlichen Straftäter

besteht indes oft ebenso wenig Klarheit wie bei der Suche nach geeigneten Gegenmitteln.

Als Sammlung von Orientierungshilfen versteht sich der Band „Horrorkids?“. In ihm melden sich namhafte Experten aus verschiedenen Fachbereichen (u.a. Politik, Polizei, Pädagogik) und Blickwinkeln zu Wort, um frei von Tabus Denk- und Handlungsanstöße zu geben. Einigkeit besteht darin, dass Repression allein nicht hilft. Als Ausgangspunkt für alle weiteren, durchaus kontrovers angelegten Überlegungen dient eine differenzierte Ursachenforschung, die bereits die Vielschichtigkeit des



Problems deutlich macht. Auf dieser Basis werden dann verschiedene Präventions- und Interventionsmodelle beleuchtet, die zum Teil schon praktisch erprobt sind – mit unterschiedlichem Erfolg. Vor möglichen Irrwegen warnt ein Blick in die USA. Der Katalog der beschriebenen Maßnahmen reicht vom Anti-Aggressivitätstraining über „Virtuelle Präsenz“ bis hin zum „Boot Camp“.

Zudem betonen die Autoren die Wichtigkeit von Vorbildern. Beispielhaft wird an den Erfahrungen zweier prominenter Musiker demonstriert, dass der Pfad der (Selbst)Zerstörung durchaus verlassen werden kann, wenn eine Perspektive und der Wille zur Nutzung vorhanden sind – und was passiert, wenn sich Resignation durchsetzt.

Der VDP-Titel „Horrorkids?

Jugendkriminalität: Ursachen – Lösungsansätze“, herausgegeben von Adolf Gallwitz und Norbert Zerr – mit Beiträgen von Dieter Beese, Gunther Dreher, Udo Dreher, Norbert Gescher, Heike P. Gramckow, Werner Jackstadt, Christoph Palmer, Bernd Rösch, Uli Rothfuss, Hans-Dieter Schwind, Wiebke Steffen, Peter Struck, Wolfgang Weikert, 1. Auflage 2000, 288 Seiten, DIN A 5, Broschur, 18,80 Euro, ISBN 3-8011-0432-X

Die VDP-Broschüre: Polizei – Dein Partner „Jugendgewalt und -kriminalität“, Raub, Gewalt und Nervenkitzel – Jugendkriminalität – Ursachen und Auswege

Der Diplom-Sozialwissenschaftler und Journalist Thomas Hestermann zeichnet ein sehr detailliertes Bild der Jugendkriminalität und des Umgangs mit ihr. Er berichtet über die Gewalt in den Vorstädten, erläutert Ursachen aus sozialer und krimino-



logischer Sicht und skizziert den behördlichen Umgang mit jugendlichen Straftätern. Dabei schaut er auch über Deutschland hinaus und setzt die Jugenddelinquenz in europäischen Zusam-

menhang. Kaum einen Aspekt lässt Autor Hestermann unberührt. So finden sich Texte über Skinheads, über Ost-West-Unterschiede ebenso wie Berichte über illegale Autorennen und Tipps für Lehrkräfte zur effektiveren Gewaltdeeskalation.

Leider ist die Auflage dieser Broschüre vergriffen. Die GdP-Internetredaktion stellt daher Titel und kompletten Text in ihrem Internet-Angebot „www.gdp.de“ zur Verfügung. Unter der Rubrik „Deutsche Polizei“ findet sich der Link zur Broschüre im Editorial der digitalen DP-Mai-Ausgabe. Die Broschüre ist im „pdf-Format“ hinterlegt und kann sowohl online gelesen als auch gedruckt werden.

MiZi

Akademischer Hintergrund

Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik

Herausgeber: Waldemar Burghard (†), Direktor des Landeskriminalamtes Nds. a.D., Hans-Werner Hamacher, Direktor des Landeskriminalamtes NW a.D. und Klaus Neidhardt, Abteilungspräsident, Bundeskriminalamt.

Preis im Abonnement: 6,00 EURO (D), 11,50 sFr.

Einzelbrief: 8 EURO (D), 15,- sFr.

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon (0211) 7104 – 212, Telefax (0211) 7104 - 270

Nr. 27: Bearbeitung von Jugendsachen

Von Horst Clages und Reinhard Nisse.

1. Auflage 2001, 112 Seiten, DIN A 5, Ringösenheftung
ISBN 3-8011-0451-6

Dieser Lehr- und Studienbrief Kriminalistik stellt in übersichtlicher und verständlicher Form die fachlichen Grundlagen für die polizeiliche Jugendarbeit dar.



Bombastischer Sound und grelle Lichter: Sollen sich schon 14-jährige in Discos austoben dürfen? Tanzlokal-Betreiber und der Deutsche Kinderschutzbund sagen ja, Bundesjugendministerin Bergmann ruderte zunächst zurück.

Foto: dpa

Disco-Kids erst nach der Wahl?

Mitte Februar sickerten Einzelheiten eines Referentenentwurfs des Familien-Ministeriums durch, der u. a. Jugendlichen ab 14 Jahren erlaubt hätte, bis 23 Uhr in Discos zu tanzen. Bislang kommen sie – zumindest legal – erst gar nicht rein. 16-jährige, deren Zapfenstreich momentan um Mitternacht ertönt, hätten dann selbst entscheiden können, wann Schlafenszeit ist; ministerielle Begründung des weit reichenden Vorhabens: das Gesetz korrespondiere nicht mehr mit den veränderten Lebensgewohnheiten Jugendlicher.

Anpassung oder Kapitulation

Zum einen, so der GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg, sei es fraglich, ob die Disco-Erlaubnis für 14-jährige eine Anpassung an veränderte Lebensumstände darstelle oder eher eine Kapitulation.

Zum anderen dürfe in der Diskussion über solche neuen

Die zunächst noch für dieses Legislaturperiode von Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, geplante Änderung des Jugendschutzgesetzes bleibt zunächst in der Schublade. Danach sollten u. a. 14-jährige bis 23 Uhr in Discotheken tanzen dürfen. Nach zum Teil heftigen Protesten von Eltern- und Lehrerverbänden – auch die GdP bewertete den Bergmann-Vorstoß äußerst skeptisch – wird die Novellierung nach Angaben des Ministeriums nun auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben.

Freiräume die seit Jahren besorgniserregend steigende Kinder- und Jugendkriminalität nicht unter den Tisch fallen. Er, so Freiberg, beobachte eine zunehmende Orientierungslosigkeit junger Menschen. Ein Standbein dieser manchmal in die Kriminalität führende Unsicherheit sei sicherlich mangelnde oder fehlerhafte Erziehung. Den Eltern würden die erweiterten Rechte ihres Nachwuchses es jedenfalls nicht leichter machen, Verständnis für zur erfüllende Eltern-Regeln und Kinder-Pflichten zu wecken.

Mit Sorge registriert der GdP-

Vorsitzende den zunehmenden Drogenkonsum junger Menschen. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marion Caspers-Merk, erklärte in einer Pressemeldung zum aktuellen Sucht- und Drogenbericht 2000: „Fast alle Jugendlichen haben Erfahrungen mit Alkohol, rund ein Drittel trinkt regelmäßig, nur ein kleiner Teil täglich, wobei dies immerhin noch rund 200.000 Jugendliche sind. Gerade für diese Gruppe gibt es zu wenig Hilfsangebote, die von dieser Gruppe auch angenommen werden. Denn in der Regel suchen alko-

holabhängige Menschen die Beratungsstellen erst nach mehrjähriger Suchtkarriere auf.“ Die sogenannte „Spaßkultur“ von Jugendlichen führe zu einem enormen Leistungsdruck auf die jungen Menschen. Während von ihnen unter der Woche Höchstleistungen in der Schule und im Beruf erwartet würden, wollten sie am Wochenende und auf Parties „cool, fit und immer gut drauf“ sein. Dies führe dazu, dass „bei einem Teil der Jugendlichen diese Erwartungen mit Hilfe des Konsums von illegalen Drogen, hier sind vor allem Ecstasy, Cannabis und Kokain zu nennen, verknüpft ist“. Die Tatsache sei „äußerst bedauerlich“, ebenso, „dass riskante Konsummuster in bestimmten Gruppen, beispielsweise bei jungen Mädchen sowie bei jungen Aussiedlern, zunehmen“, bilanziert die Drogenbeauftragte. Und eines, sagte Freiberg, sei ohnehin schon klar: ein Mehr an Polizeikontrollen, komme die Nivellierung oder nicht, werde es aus schlechtem Personalmangel nicht geben.

In den Rücken fallen

Nicht nur in den Reihen der Polizei sorgten die Bergmann-Pläne für Gesprächsstoff. Die geplante Überholung des mittlerweile 17 Jahre alten „Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit“ führte auch bei Betroffenen wie Interessenvertretern zu kontroversen Diskussionen. Für den Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Josef Kraus, zielt vor allem die Ausweitung der Ausgeherlaubnis in die falsche Richtung. Gegenüber DEUTSCHE POLIZEI sagte er: „Mit dieser Gesetzesänderung fällt die Koalition den Erziehern in den Elternhäusern, den Schulen und den Jugendämtern in den Rücken. Für die Schulen ist zu befürchten, dass noch mehr Schüler am nächsten Morgen unausgeschlafen im Unterricht sitzen. Außerdem sollte man nicht übersehen, dass bei Kindern und Jugendlichen die Erstkontakte mit legalen und illegalen Drogen sehr häufig über

Discotheken laufen. Es kann nicht sein, dass der Gesetzgeber seine Verantwortung für die Jugend zurücknimmt und den kom-

mehr den veränderten Lebens- und Ausgehgewohnheiten. Die geplante Nivellierung des Jugendschutzgesetzes würde den



Mit dieser Gesetzesänderung fällt die Koalition den Erziehern in den Elternhäusern, den Schulen und den Jugendämtern in den Rücken.



merziellen Interessen der Discothekenbetreiber dient.“

Eine Meinung, die Stephan Büttner, Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Discotheken und Tanzbetriebe, nicht teilen möchte. In einem von der Braunschweiger Zeitung gedruckten Pro-Beitrag zur Frage „Jugendliche ab 14 in die Discothek?“ nannte er die geltenden Altersgrenzen und Ausgehzeiten antiquiert. Sie entsprächen nicht

Bedürfnissen der Jugendlichen Rechnung tragen.

Unkontrolliert auf der Straße

Büttner: „Eine Integration der 14- bis 16-jährigen in den Kreis der älteren Jugendlichen ist auf jeden Fall sinnvoll. Sie müssten fortan ihre abendliche Freizeit nicht mehr auf der Straße oder

auf suspekten Privatpartys verbringen, wo sie in der Regel unbeaufsichtigt und unkontrolliert Alkohol- und Drogengefahren ausgesetzt sind.“

Discotheken unterlägen regelmäßigen Kontrollen der Ordnungs- und Jugendämter, die effektive Einlasskontrolle – das Vorzeigen des Kinder- und Personalausweises – gewährleiste die Einhaltung der Jugendschutzvorschriften.

Der Vertreter deutscher Discothekenbetreiber sieht die Rolle der Eltern – auch nach einer Gesetzesänderung – nicht geschwächt. Büttner: „Sie haben nach wie vor das letzte Wort.“

Doch die tun sich allem Anschein nach immer schwerer, dieses letzte Wort ihrem Nachwuchs konfliktfrei zu vermitteln. Wie das Statistische Bundesamt in einer Pressemeldung mitteilte, haben im Jahr 2000 insgesamt 274.600 junge Menschen unter 27

Jahren eine Erziehungsberatung beendet, eine dreiprozentige Steigerung gegenüber 1999 (267.000). In zwei Dritteln aller Fälle (183.700) habe die Beratung weniger als sechs Monate gedauert. Diese Hilfen werden von Erziehungsberatungsstellen und anderen Beratungsdiensten angeboten, um Jugendliche bei der Bewältigung von Schwierigkeiten und Konflikten zu unterstützen, die sie nicht allein oder in ihren Familien lösen können.

In mehr als 81 Prozent (223.000) aller Fälle hätten, so die Wiesbadener Statistiker, die Eltern oder ein Elternteil Kontakt zu den Beratungsstellen aufgenommen. 91 Prozent der jungen Menschen, die eine Erziehungsberatung beendet hatten, lebten bei ihren Eltern, bei einem Elternteil mit Stiefelternteil bzw. Partner oder nur mit einem Elternteil zusammen.

Über den Anlass der Beratung

wurden in erster Linie Beziehungsprobleme (40 Prozent) als Ursache genannt, gefolgt von Schul- bzw. Ausbildungsproblemen (28 Prozent) sowie Scheidung oder Trennung der Eltern (21 Prozent).

Jugendliche als solche behandeln

Contra gegen die Bergmann-Pläne gab der in Bonn ansässige Bundeselternrat. Dessen Vorsitzende, Renate Hendricks, in der

Josef Kraus, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes:



Außerdem sollte man nicht übersehen, dass bei Kindern und Jugendlichen die Erstkontakte mit legalen und illegalen Drogen sehr häufig über Discotheken laufen.



Braunschweiger Zeitung: „Gesetze sind nur dann sinnvoll, wenn sie von den Beteiligten nachvollzogen und eingehalten



werden.“ Dies gelte für die jetzigen Regelungen des Jugendschutzes in weiten Bereichen nicht. Für Renate Hendricks steht zwar fest, dass sich der Lebensrhythmus Jugendlicher verändert hat. Eine Aktualisierung des Jugendschutzgesetzes allein werde aber keine verbesserte Moral bei den Beteiligten hervorrufen. Es müsse erreicht werden, forderte die Vorsitzende des

Bundeselternrats, „dass in Discos, in Gaststätten, in Kinos usw. Jugendliche als solche auch behandelt werden“.

Umfrageergebnisse negativ

Auch in der Öffentlichkeit kommen die möglichen Neuerungen im Jugendschutz nicht gut weg. Die Nachrichtenagentur dpa veröffentlichte eine Umfrage, nach der 81 Prozent der Befragten sich gegen ein „mit 14 in die Disco“ aussprachen. Eine deutliche Mehrheit fand diese ablehnende Haltung sogar unter jüngeren Befragten der Altersgruppe zwischen 14 und 34. 74 Prozent waren der Meinung, alles solle so bleiben, wie es ist.

Rückendeckung erfuhr der Minister-Plan vom Deutschen Kinderschutzbund (DKSB). Walter Wilken, DKSB-Geschäftsführer gegenüber der Presse:

„Es kommt darauf an, wie es in der Disco zugeht. Unabhängig von allen Uhrzeiten, müssen die gesetzlichen Bestimmungen über den Alkoholausschank eingehalten werden und es dürfen keine Drogen konsumiert werden. Wenn der Wirt dieses nicht durchsetzen kann, muss sein Laden dicht gemacht werden.“

Bisher, so kritisierte Wilken, machten Jugendliche die schlechte Erfahrung, dass es weitgehend folgenlos bleibe, übertrete man Gesetze, in diesem Fall das Jugendschutzgesetz.

Früher reif

Der DKSB-Geschäftsführer hält heutige Jugendliche für „wesentlich früher reif“. Eine liberale Haltung Erwachsener und der Gesellschaft gegenüber jungen Menschen führt seiner Meinung nach zu „mehr Verantwortung für ihr eigenes Leben“. Einen Rechtsanspruch der Kinder auf Discothekenbesuche, will Wilken die Eltern beruhigen, begründeten die geplanten Regelungen nicht. Es bleibe weiterhin eine Frage, „wie oft in der Woche so ein Besuch sinnvoll ist“. Discothekenbesuche, so ist sich der

Vorsitzende des Kinderschutzbundes sicher, seien jedenfalls nicht schuld an den schlechten Leistungen deutscher Schüler bei der PISA-Studie.

Verheerendes Ergebnis

Zur Erinnerung: eine groß angelegte Untersuchung im Auftrag der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bescheinigte deutschen Schülerinnen und Schülern insbesondere mangelhafte Noten in mathematischer Kompetenz und dem Leseverständnis.

Die PISA-Studie (Programme für International Student Assessment) untersuchte bei 15-jährigen in 31 Ländern die grundlegenden Fähigkeiten in den Bereichen Leseverständnis, Mathematik und Naturwissenschaft. Außerdem auf dem Prüfstand: sind die Testpersonen zu selbständigem Lernen fähig und wie hoch sind ihre Kooperations- und Kommunikationsfähigkeiten. Das aus deutscher Sicht niederschmetternde Ergebnis: Von den 31 teilnehmenden Ländern erreichte Deutschland im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften Platz 20, im Bereich Leseverständnis nur Platz 21.

Weitere Änderungen

Auf Eis gelegt sind zunächst auch weitere geplante Änderungen des Jugendschutzgesetzes: so sollen junge Raucher nach dem Willen der Bundesjugendministerin nicht mehr so leicht an den begehrten Tabak kommen. An Jugendliche unter 16 Jahren darf er dann nicht mehr verkauft werden. Das Problem Zigarettenautomat will Frau Dr. Bergmann mit einer codierten Chipkarte lösen. Nur wessen Geldkarte das legale Alter „16“ anzeigt, darf das Päckchen ziehen. Nach Informationen des Spiegel sollen die Aufsteller bis Anfang 2009 Zeit haben, die Automaten umzurüsten. Der Ministerin, so der Spiegel, fehle wohl der Mut, Zigarettenautomaten gänzlich zu verbieten.

Auch die Einstufung von Kinofilmen soll liberaler werden. Filme, die erst ab 12 Jahren freigegeben sind, dürften nach der „Gesetzesänderung in spe“ schon Sechsjährige sehen.

Das Gespür des Kanzlers

Ein wenig Ironie war schon im Spiel, als die Tageszeitung „Rheinische Post“ in einem Kommentar die Rolle des Kanzlers beim Rückzieher von Bundesministerin Bergmann darstellte. Er gestalte seine Richtlinienkompe-

Stephan Büttner, Geschäftsführer des Bundesverbandes deutscher Discotheken und Tanzbetriebe e.V.:



Eine Integration der 14- bis 16-jährigen in den Kreis der älteren Jugendlichen ist auf jeden Fall sinnvoll. Sie müssten fortan ihre abendliche Freizeit nicht mehr auf der Straße oder auf suspekten Privatpartys verbringen ...



tenz zunehmend als „Rüffelkompetenz“, habe er doch schon bevor die Ministerin ihre Entscheidung öffentlich mitteilen konnte in einem „knallharten Nebensatz“ den Kernpunkt der Gesetzesänderung – also die Ausgehfristen für Jüngere – vom Tisch gefegt. Schröder, so die Kommentatorin, zeichne ein betont konservatives Familienbild. „Schröder hat weiterhin ein Gespür für das, was die meisten Menschen wollen. Neue Freiheiten für amüsierfreudige Teenies – dies zeigt die Welle der Empörung der letzten Wochen – gehören offenkundig nicht dazu.“

MiZi

Vom Fernsehen auf die Straße

Seit 1984 steigt die Zahl jugendlicher Tatverdächtiger massiv an. Viele führen die erhöhte Gewaltbereitschaft von Kindern und Jugendlichen auf die Zunahme von Gewaltdarstellungen in den Medien zurück.

Klaus Sulzbacher, Oberstaatsanwalt in Koblenz, ermittelte 5000 Studien zum Thema Mediengewalt, von denen die Mehrzahl davon ausgeht, dass Gewaltdarstellungen negative Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben können.

Immerhin, das sagen amerikanische Statistiken, sieht ein Kind in den USA zwischen seinem 5. und 15. Lebensjahr die Tötung von rund 14.000 Menschen. Die Bilanz aus den in Deutschland zu empfangenden Sendern dürfte nicht weniger sein. Die Versuche von Eltern, Lehrern und Politikern, den Gewaltdarstellungen im Fernsehen ein Ende zu bereiten, sind ebenso zahlreich, wie ihr Scheitern.

Wird Gewalt von Kindern und Jugendlichen nachgeahmt?

Die Antwort auf die Frage schied schon die alten Philosophen, obwohl sie kein Fernsehen, dafür aber die öffentliche Zurschaustellung von Gewalt gleichwohl kannten. Platon vertrat die These, dass die öffentliche Darstellung von Leid, Schmerz und Gewalt zur Nachahmung reizen müsse. Sein Schüler und Kontrahent Aristoteles war der Meinung, die öffentliche Darstellung von Gewalt habe eine reinigende (kathartische) Wirkung (Der Staat, Poetik). Der Glaubenskrieg tobt bis heute.

Die moderne Medienwirkungsforschung bleibt bis heute mit harten Befunden zur Wirkung dargestellter Gewalt die Antwort schuldig.

Geht es nach dem Freiburger Psychologen Prof. Dr. Myrtek (siehe Interview S. 16/17), so ist der Streit müßig. Nicht Sex und Kriminalität im Fernsehen seien das Problem, sondern das Fernsehen an und für sich. Das Angebot werde drastisch schlechter und der Konsum steige.

Von Schmutz-Talk-Shows, in denen soziale Analphabeten vorgeführt werden, bis hin zu detailtreuen Folter- und Schlachtszenen behaupten vor allem die privaten Sender ihren wachsenden Markt. Ob „Wunder der Natur“ oder „Shining“ geguckt wird, darüber gibt es unter Kindern und Jugendlichen keine Diskussion. Sie verhalten sich in der Wahl zwischen Anspruch und Schrott eben wie Erwachsene.

Fernsehen bis Mitternacht

Immer mehr Kinder und Jugendliche verbringen (unkontrolliert) immer mehr Zeit vor dem Fernseher. Nicht nur in Deutschland.

Aus dem von der PISA-Studie ebenso gebeutelten Spanien berichtet der Korrespondent der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, Ralph Schulze, dass dort die Kinder viel zu müde für die Schule sind. Schon die Vier- bis Zwölfjährigen scheinen geradezu fernsehsüchtig zu sein. Rund 14 Prozent saßen wochentags bis etwa Mitternacht vor dem Bildschirm, nachts um eins verfolgten immerhin noch rund fünf Prozent das Erwachsenenprogramm. Augenscheinlich hat sich der Lebensrhythmus junger Menschen nicht nur in Deutschland gewandelt. Auch hier gibt es schon Stimmen, die Fernsehgewohnheiten an die Schulrealität anzupassen – Frau Bergmann lässt grüßen – und das erste Klingeln der Schulhofglocke auf den späten Vormittag zu verlegen. *hol*

„Fernsehen – nur ein harmloses Freizeitvergnügen?“

DP: Prof. Myrtek, Sie haben an der Universität Freiburg die physiologischen Auswirkungen von Fernsehkonsum auf Kinder und Jugendliche untersucht. Mit welchen Ergebnissen?

Prof. Myrtek: Wir haben eine Untersuchung über physiologische Funktionen im Alltag durchgeführt. Das heißt, wir haben Registrierungen über 24 Stunden in der Schule, während der Freizeit und natürlich auch in der Nacht vorgenommen und haben in der Freizeit besonders darauf geachtet, wann die Jugendlichen ferngesehen haben. Wir haben dabei festgestellt, dass Fernsehkonsum durchaus zu körperlichen Veränderungen führt; insbesondere bei einem Parameter, den wir die emotionale Herzfrequenzreaktion nennen. Unsere Schüler haben wir in zwei Gruppen eingeteilt. Es waren insgesamt 200 Jungen, 100 Elfjährige und 100 15-jährige und die Gruppeneinteilung erfolgte nach der Dauer des Fernsehkonsums, indem wir einfach die Wenigseher von den Vielsehern getrennt haben. Dabei haben wir festgestellt, dass die emotionalen Reaktionen der Herzfrequenz bei den Vielsehern deutlich verringert sind. Wir haben festgestellt, dass das abhängig ist auch vom Alter, denn mit dem Alter wird mehr ferngesehen und Fernsehen an sich vermindert dann die körperlichen Reaktionen auf das Fernsehen.

DP: Es ist weltweit die erste Untersuchung, die den Nachweis erbringt, dass körperliche Veränderungen bei Vielsehern zu registrieren sind.

Prof. Myrtek: Das ist richtig. Das wurde auch nur möglich, weil wir mit Hilfe des technischen Fortschritts eine neue Methode entwickeln konnten.



Prof. Dr. Michael Myrtek vom Psychologischen Institut der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg hat gemeinsam mit Christian Scharff im vergangenen Jahr das Buch „Fernsehen, Schule und Verhalten“ im Hans Huber Verlag veröffentlicht. Darin wird über eine aufwendige Untersuchung an 200 Schülern berichtet, deren Verhalten in Schule und Freizeit – insbesondere ihre Fernsehgewohnheiten – kontinuierlich über längere Zeit beobachtet wurde.

Die Autoren erhielten dafür den Wissenschaftspreis des Komitees „Sicherheit für das Kind“, der von den DBV-Winterthur Versicherungen gestiftet wurde.

Wir haben ein sogenanntes Monitoring-System am Körper des Betreffenden angebracht und dieses Monitoring-System ist in der Lage, körperliche Funktionen, in dem Fall also die Herzfrequenz und die Bewegungsaktivität, zu registrieren. Und aus dem Zueinander dieser beiden Maße können wir auf die emotionalen Reaktionen schließen.

DP: Was bedeutet eine Verminderung der Emotionalität für das Verhalten von Jugendlichen und Kindern, die Sie bei Vielsehern festgestellt haben?

Prof. Myrtek: Wie sich das auf das Verhalten auswirkt, kann man nicht so genau sagen. Aber es hat zur Folge, dass eben die Fernsehinhalte nicht mehr emotional wirken. D.h. wenn man zum Beispiel viele tausend Morde im Laufe seiner Zeit gesehen hat, dann reagiert man nicht mehr auf den nächsten Mord.

DP: Liegt der Schluss nahe, dass eine solche Gewöhnung auch zu einer Abstumpfung oder Verrohung im realen Leben führen kann?

Prof. Myrtek: Der Schluss liegt zwar nahe, aber ich kann das nicht belegen, weil wir hierzu keine Untersuchung gemacht haben. Das wäre auch äußerst schwierig, das zu tun. Man müsste mehrere hundert Schüler nehmen und müsste die eine Gruppe ohne Fernsehen aufziehen, sozusagen, und die zweite Gruppe mit Fernsehen und das ist schlechterdings nicht möglich.

DP: Es gibt zahlreiche Initia-

tiven, auch gesetzgeberische Maßnahmen, Gewaltdarstellungen im Fernsehen zu reduzieren oder sie Kindern und Jugendlichen nicht ohne weiteres zugänglich zu machen. Ihre Untersuchung sagt, dass es eigentlich ausschließlich auf die Dauer des Konsums ankommt und weniger auf einzelne Inhalte, die dort rezipiert werden.

Prof. Myrtek: Nein, es kommt sicher auch auf die Sendung an. Denn es werden ja gerade die Sendungen von den Vielsehern nicht rezipiert, die nun im weitesten Sinn pädagogisch wertvoll wären. So können wir feststellen, dass zum Beispiel die ersten Programme, die noch am ehesten etwas zeigen, woran man lernen könnte, fast gemieden werden von den Vielsehern. Diese tendieren dazu, gerade die privaten Programme zu sehen.

DP: Welche Konsequenzen ergäben sich aus diesen Ergebnissen für die verschiedenen Institutionen, Eltern, Schule, Gesetzgeber?

Prof. Myrtek: Am ehesten ist wahrscheinlich das Elternhaus angesprochen, dass die Eltern, beziehungsweise die dort Erziehungsberechtigten, zum einen



den Fernsehkonsum beschränken und zum anderen eine Auswahl der Sendungen vornehmen. Das ist die beste Möglichkeit. Der Gesetzgeber könnte natürlich auch etwas tun und er hat auch etwas getan, weil bestimmte Sendungen ja erst nach 23 Uhr ausgestrahlt werden. Es ist aber leider so, dass in vielen Kinderzimmern ein Fernseher zur freien Benutzung steht und die Kinder dann natürlich auch spät in der Nacht und auch die Sendungen sehen, die sie eigentlich nicht sehen sollen.

DP: Wie viel Stunden verbringen Kinder vor dem Fernseher?

Prof. Myrtek: Die Vielseher drei Stunden und mehr. Die Wenigseher etwa eine Stunde.

DP: Wie hoch ist der Anteil von Fernsehern in Kinderzimmern?

Prof. Myrtek: Nach vorlie-

genden Statistiken in Westdeutschland 17 Prozent der Haushalte und in Ostdeutschland 25 Prozent der Haushalte.

DP: Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen intensivem Fernsehkonsum bei Kindern und Jugendlichen und Auswirkungen auf die schulischen Leistungen, speziell auf die Ergebnisse der PISA-Studie?

Prof. Myrtek: Dieser Zusammenhang ist evident. Wir haben gesehen, dass insbesondere in Deutschnoten und auch in Fremdsprachen die Vielseher schlechter sind. Sie haben wenig soziale Kontakte, kaum Kontakt zu Gleichaltrigen, sind häufig allein und lesen auch weniger. Und das bedeutet, dass sie einfach nicht üben zu sprechen. Mit dem Sprechen ist aber auch Denken verbunden und insofern bekommen sie dann Schwierigkeiten in der

Schule. Das wirkt besonders bei steigendem Alter. Die Elfjährigen, die können das noch einigermaßen kompensieren und sich in der Schule irgendwie durchwursteln, aber bei den 15jährigen wirkt sich das dann auch schon in den Noten aus.

DP: In der PISA-Studien haben andere Länder besser abgeschnitten als die Bundesrepublik – unter anderem auch das Mutterland des Fernsehkonsums, die USA.

Prof. Myrtek: Ich vermute, dass das an dem amerikanischen Schulsystem liegt, denn bei einem Schulsystem, das auch die Nachmittagsbetreuung kennt, sind die Kinder nicht sich selbst überlassen. Sie werden dort von Fachkräften betreut, machen dort Hausaufgaben und kommen so gar nicht in die Versuchung, den Fernseher anzustellen. Bei uns ist es

häufig so, dass, wenn beide Eltern arbeiten, die Kinder allein zu Hause sind und dann nach Schulschluss unmittelbar mit dem Fernsehen beginnen.

DP: Also wären auch die Ergebnisse ihrer Untersuchung ein Indiz für die positive Wirkung von Ganztagschulen?

Prof. Myrtek: Ja. Das sehe ich so. Heutzutage sind die familiären Verhältnisse so, dass ein Großteil der Kinder nicht mehr beaufsichtigt oder betreut wird. Und um das zu kompensieren, müsste man eben eine institutionelle Betreuung herstellen.

*Das Gespräch führte
Rüdiger Holecek*

**„GdP/DFB-Aktion“,
DP 2/02**

Zunächst möchte ich mich recht herzlich bedanken. Die Organisation und natürlich das Fußballspiel entsprachen meinen Vorstellungen. Auch die Abwicklung hat hervorragend funktioniert. Die Bahnfahrkarten sind nach meinen Angaben ausgestellt und wenige Tage nach Anforderung bei mir eingegangen.

Das vom DFB gebuchte Hotel befand sich in unmittelbarer Nachbarschaft des Fußballstadions. Im Hotel befanden sich dann mehrere Verantwortliche des DFB. Auf meine Frage hin, an wen ich mich wenden müsste, bzw. wie der weitere Tag abläuft, erhielt ich keine abschließende Antwort. Aus diesem Grund gestaltete ich den Abend selber.

Das Hotel entsprach voll meinen Erwartungen.

Ich finde diese Aktion großartig. Meiner Meinung nach könnte es solche Aktionen öfters geben, sie könnten ruhig wiederholt werden. Da der Länderspielgegner in diesem Spiel Israel war, war auch wieder ein riesiges Polizeiaufgebot vor Ort. Schon aus diesem Grund könnte der DFB, von mir aus bei jedem Länderspiel, Einladungskarten an Polizeibeamte verteilen.

Die Resonanz auf meiner Dienststelle, einem 3-Mann-Polizelposten, war sehr positiv. Im Nachhinein bereuten es die Kollegen, nicht an dem Gewinnspiel teilgenommen zu haben. Dies begründeten sie damit, keine Fußballfans zu sein.

Die Abwicklung im Vorfeld (Bahnfahrkarten, Übersendung der Einladungskarte) funktionierte sehr gut. Es sollte jedoch in jedem Fall noch vermerkt werden, wie sich der Transfer vom Bahnhof zum Hotel bzw. Stadion gestaltet. Nicht jedes Stadion und Hotel befindet sich in der Nähe des Bahnhofes. Außerdem war, wie bereits erwähnt, im Hotel kein Ansprechpartner des DFB vorhanden, der mir kompetente Auskunft auf meine Fragen erteilen konnte (dies war jedoch nicht tragisch).

Zum Schluss möchte ich noch erwähnen, dass ich insgesamt sehr zufrieden war und jedem Kollegen gratuliere, der die gleiche Gelegenheit bei einem anderen Länderspiel bekommt.

**Hermut Jordan,
Mutlangen**



Vorab möchte ich mich erst einmal für das unvergessene Erlebnis bedanken. Diese Aktion des DFB ist eine gute Sache, sich auf diesem Wege bei den Kolleginnen und Kollegen der Polizei für die geleistete Arbeit zu bedanken.

Der Versand der Bahntickets verlief problemlos. Im VIP-Bereich war die Betreuung vor, während und nach dem Spiel ausgezeichnet. Sonst fand keine intensive Betreuung statt, war aber auch nicht notwendig.

Die Unterbringung im Hotel übertraf meine Erwartung, da im Hotel bekannte Funktionäre und Fußballidole (z. B. Uwe Seeler und Egidius Braun) wohnten. Ganz besonders hervorragend war die unmittelbare Lage zum Stadion.

Derartige Aktionen sollten auf alle Fälle wiederholt werden, z.B. auch vielleicht Bundesligaspiele.

Die Resonanz bei den Kolleginnen und Kollegen war generell positiv und viele beneideten mich wegen dieses Erlebnisses.

Verbesserungswürdig wäre, dass man die anderen Gewinner hätte kennen lernen können, um sich auszutauschen.

Stephan John, Berlin

Keine moderaten Tarifabschlüsse mehr

Kassel. Zum zweiten Mal in ihrer Geschichte führte die Gewerkschaft der Polizei eine Tarifpolitische Konferenz durch. Am 5. und 6. März dieses Jahres trafen sich Arbeiterinnen, Arbeiter und Angestellten in der GdP in Kassel, um einen Blick über den Tellerrand des Öffentlichen Dienstes in Deutschland zu werfen: Sie hatten sich „Europa“ und ihre Rolle als Tarifbeschäftigte in diesem internationalen Gefüge zum Thema gewählt.

Dazu waren kompetente Referentinnen und Referenten eingeladen, die Antworten gaben auf Fragen zu Lohnbedingungen, betrieblicher Altersvorsorge oder den wirtschaftlichen Prognosen in Europa.

Dr. Dieter Vesper vom Deutschen Institut für Wirtschaft (DIW) aus Berlin stellte die wirtschaftlichen Prognosen für Deutschland und Europa dar und malte für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eher ein düsteres Bild bezüglich der Verteilungsspielräume bei den kommenden Einkommensrunden. Wie aber ihre Kolleginnen und Kollegen in der Privatwirtschaft, wollen auch die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst keine „moderaten Tarifabschlüsse“ mehr,



Helmut Hinsenhofen, stellv. Vorsitzender der Großen Tarifkommission

die zwar bei den Arbeitgebern höhere Ausgaben vermieden, aber nicht die versprochenen Arbeitsplätze gebracht haben.



Forderungsvolumen ausreizen: v. l. Konrad Freiberg, GdP-Vorsitzender, GdP-Geschäftsführer Wolfgang Dicke, Kerstin Philipp, GTK-Schriftführerin, und Helmut Hinsenhofen.
Foto: GdP

Die Kollegin Kathrin Huber, Mitarbeiterin eines Abgeordneten des EU-Parlaments, erläuterte die Regelungen zur betrieblichen Altersvorsorge in Europa. Ein Thema, das die Konferenzteilnehmer nicht nur wegen des gerade aktuellen Tarifabschlusses zur „Zusatzversorgung“ in Deutschland interessierte, sondern auch, weil die Referentin plastisch darstellen konnte, welche Regelungen – über die in Deutschland bekannten – bestehen und das die Gewichtung zwischen den Säulen der Altersversorgung von Land zu Land sehr unterschiedlich ist. Während in Deutschland die erste Säule, also die gesetzliche Rentenversicherung, die stärkste ist, ist dies in anderen europäischen Ländern zum Teil die zweite Säule, also die

betriebliche Altersversorgung. Kollege Reinhard Dombre vom DGB Bundesvorstand schließlich machte Ausführungen zu den europäischen Lohnbedingungen und den sich daraus ergebenden gewerkschaftlichen Forderungen auf europäischer Ebene.

Losgelöst von den sozialen

Teilnehmerinnen und Teilnehmern klar, dass die Tarifbeschäftigten in der deutschen Polizei eine Rolle haben, wie die anderen europäischen Länder sie so in dieser Form kaum kennen.

Kollege Helmut Hinsenhofen, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für Tarifpoli-

Rahmenbedingungen an sich und mit größerem Augenmerk auf die gewerkschaftliche Vertretung von Tarifbeschäftigten in Europa, referierte der Geschäftsführer der GdP-Bundesgeschäftsstelle, Wolfgang Dicke, zu der Frage, welche Rolle Tarifbeschäftigte in den Öffentlichen Diensten der europäischen Länder spielen. Er konnte Antworten geben auf die Fragen, wie: „Haben Tarifbeschäftigte die gleichen Rechte?“, „Gibt es sie überhaupt in dem in Deutschland bekannten Sinne?“, „Wie sehen ihre Tätigkeiten in den europäischen Ländern aus?“ und „Wie werden sie gewerkschaftlich in Europa präsentiert?“ Nach seinem Referat war den

schloss in dieser Funktion seine letzte Tarifpolitische Konferenz. Aus Altersgründen wird er sich beim Bundeskongress in Magdeburg im Oktober nicht erneut zur Wahl stellen, sondern in den wohlverdienten Ruhestand wechseln. Mit anhaltendem Applaus dankten ihm die Konferenzteilnehmer für seine langjährige engagierte Arbeit.

kör

Die einzelnen Referate können bei Interesse in der GdP-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Tarifpolitik, angefordert werden.

Ich wünsche mir drei Mal im Jahr Tarifverhandlungen!

Von Karola Müller

Der Tag der Einheit brachte Freude, Hoffnung, Kummer und Sorgen – aber auch einschneidende Veränderungen ganz besonders im Arbeitsleben: Tätigkeiten wurden nach Westrezepten umgewandelt, Arbeitsgebiete und Arbeitsaufgaben wurden umverteilt und viele Arbeitsplätze ganz abgeschafft. Von liebevoll gewordenen Vergünstigungen – wie

verkürzte Arbeitszeit für Mütter mit zwei und mehr Kindern und den Hausarbeitstag – mussten wir Abschied nehmen. Kollektive, heute Teams, wurden auseinander gerissen und es begann eine „dienstleistungsgerechte“ Neuorientierung.

Ich selber landete in der „Warteschleife“. Das bedeutete, jeden Tag zur Arbeit zu gehen, ohne genau zu wissen, welche Aufgaben anstanden. Die eigene

selbständige Arbeit oder den Aufgabenbereich gab es nicht mehr. Dazu die ständige Ungewissheit, ob man weiterbeschäftigt wird. Ich war zu dieser Zeit alleinerziehende Mutter mit zwei Kindern. Da kam es schon darauf an, am Ball zu bleiben. Also begann ich, am Fernschreiber zu üben, weil es hieß, in den Revieren (IUK-Bereich) werden Leute gebraucht und eingesetzt. Aber eigentlich stand

schon fest, wer auf welchem Revier arbeiten würde. Knackpunkt und mein Problem hieß „Schichtarbeit“. Mit zwei kleinen Kindern rund um die Uhr arbeiten war aussichtslos.

Endlich kam ein Arbeitsangebot. Die Bußgeldstelle wurde aufgebaut. Zuständig für den fließenden Verkehr hieß es. Jetzt „konnte“/sollte ich also Verkehrsunfälle bearbeiten.

Ich war wichtig, wurde ge-

braucht und die Zeit verging wie im Fluge. Die Bußgeldstelle war damals die Sammelstelle für Beschäftigte wie mich oder für VP-Angehörige, die aus den unterschiedlichsten Gründen erst später verbeamtet wurden. Ich habe sehr viel gelernt bei einer guten, viel Vertrauen in meine Arbeit setzenden Chefin. Aber bald wurde Magdeburg Landeshauptstadt und damit wurde eine Zentrale Bußgeldstelle dort aufgebaut. Das Team, das sich gefunden hatte, wurde wieder auseinander gerissen. Wieder hieß es: Wie geht es weiter? Früher waren Arbeitskräfte Mangelware; jetzt war es die Arbeit selbst.

Ich werde einige Äußerungen von dem einen oder anderen „Superwichtigen“ wohl nie vergessen. „Wenn sie diese Arbeit nicht annehmen, sind sie eine der Ersten bei eventuell bevorstehenden Entlassungen.“ Übrigens – Entlassungen in dem Sinne gab es in den fast 12 Jahren noch keine.

Dann kam der Einsatz beim Zentralen Verkehrsdienst.

Eigentlich nicht schlecht, denn Vorkenntnisse hatte ich durch meine Arbeit mit Verkehrsunfällen. Leider stimmte dort weder das Konzept noch die Organisation. Ich hatte mal wieder keine richtige Arbeitsaufgabe. Ich spür-

te, zwar gebraucht, aber nicht anerkannt zu werden.

Gottseidank stellten sich aber wieder privates Glück und ein drittes Kind ein. Nach dem Baby-



Wenn sie diese Arbeit nicht annehmen, sind sie eine der Ersten bei eventuell bevorstehenden Entlassungen.



jahr wollte ich mich verändern. Dem Wunsch konnte auch schon bald entsprochen werden. Es fand sich eine Kollegin, die mit mir tauschen wollte. Es begann eine interessante Arbeit bei der Kriminalpolizei. Ich machte ganz neue Erfahrungen. So wie dort hatte ich allerdings noch nie vorher die Kluft zwischen Angestellten und Beamten erfahren. Manchmal ist es heute noch so, dass unsere Anregungen und Vorschläge nicht ganz ernst genommen werden. Man ist halt zum arbeiten angetreten und nicht zum denken.

Wenn das Wort „Eingruppierung“ für viele von uns anfangs ein Fremdwort war, hatten wir im Laufe der Jahre die echte Chance zu spüren, was Eingruppierung wirklich bedeutete. Wenn man nach sechs Jahren ordentlicher Arbeit kurz vor seinem Bewährungsaufstieg plötzlich erfahren muss, dass durch Juristen deine Eingruppierung nach unten korrigiert wird, wachsen das Vertrauen in die Kompetenz derjenigen und die Freude sprunghaft. Dass unser Personalrat hier nicht einbezogen war, habe ich nur zufällig und viel zu spät erfahren. Auch in Bezug Personalrat oder Gewerkschaft musste ich vieles neu lernen.

Wir Angestellten haben ja oft genug gehört, eure Arbeitsplätze sind sicher, solange ihr keine goldenen Löffel klagt.

Dass dem nicht so ist, mussten wie ich auch, viele andere, hauptsächlich Frauen, erfahren.

„Stellenabbau in der Polizei“ – viele von uns sind nun wieder mal „überflüssig“ und müssen „abgebaut“ werden. Mit der Vereinbarung zwischen Innen- und Justizministerium zur Übernahme überzähliger Beschäftigter der Polizei in den Dienst der Justiz kam zwar für viele die große Chance, Beamter zu werden, für die aber, die sich das auch nach

reiflicher Überlegung nicht zutrauen, die große Angst.

Heute nun hat man erkannt, dass sich Zwangsverpflichtungen nicht eignen. Für uns war das Damoklesschwert der möglichen betriebsbedingten Kündigungen bei Verweigerung zum Justizeignungstest eine schwere Last, die sich auch weit in den privaten Bereich hineinzog. Bewunderung all denen, die davon unbeeindruckt bleiben konnten.

Ich empfinde diese Verunsicherung von uns Tarifbeschäftigten als überflüssig und unfair. Es ist schon klar, dass wir nicht auf einer Insel der Glückseligkeit leben. Wer sich aber ständig Sorgen und Gedanken um seine Si-



Heute nun hat man erkannt, dass sich Zwangsverpflichtungen nicht eignen.



cherheit und Zukunft machen muss, hat den Kopf nicht frei für die eigentlichen Aufgaben.

Warum sollen wir Tarifbeschäftigten für eine falsche Personalpolitik bluten. Vor kurzem wurde eingestellt auf Teufel komm

raus und nun kommen wieder andere Experten – oder sogar die gleichen – die feststellen, wie viele überflüssig sind. Und die reden dann immer von Menschen.



Ich empfinde diese Verunsicherung von uns Tarifbeschäftigten als überflüssig und unfair.



Wir haben uns um gute Arbeitsergebnisse bemüht und hohe Einsatzbereitschaft gezeigt. In Sachen Flexibilität und Neuorientierung kann ich dem einen oder anderen heute Nachhilfestunden geben.

Personalentwicklung? Wohl ein Hohn? Zurzeit wird in der Polizei Personal abgebaut ohne Rücksicht auf Verluste. Personalabbau bis 2003 unter Inkaufnahme von Qualitätsverlusten. Mit ausschließlicher Hoffnung auf neue Technik und Programme, die nicht funktionieren, definieren wir das Wort „Konzept“ wieder mal auf Sachsen-Anhalt-Art. Land Sachsen-Anhalt mir graut vor dir.

Polizisten zurück an die Computer und Schreibtische, muss das Konzept wohl eher heißen. Verantwortliche sitzen und schweigen sich aus. Leben von der Hand in den Mund. Schieben die Tarifbeschäftigten noch in der Weihnachtszeit hin und her. Solange sie selbst nicht betroffen sind, fällt ihnen das auch nicht

schwer. Wo bleibt der Plan, bei dem es auch um die Tarifbeschäftigten geht? Wann erhalten wir endlich Klarheit über unsere Zukunft? Wird man sich wenigstens Gedanken machen, um die Arbeiten besser zu organisieren?

Ich wünsche mir drei Mal im Jahr Tarifverhandlungen!

Nein, nicht weil ich ständig mehr Geld haben möchte, sondern weil wir Tarifbeschäftigten mit den Tarifverhandlungen Vorreiter für die Besoldung der Beamten sind.

Bei Tarifverhandlungen, Streik und Kampfmaßnahmen bin ich als Angestellte den Beam-



Im Übrigen ist fast 12 Jahre nach der Wende die Abschaffung des BAT-Ost mehr als überfällig.



ten plötzlich lieb und wichtig. Wenn ich mich zur Demo für unsere Interessen – also für mehr Geld für alle – rüste, drücken mir viele Polizisten die Daumen, wünschen mir Glück und viel Kraft, denn selber zur Demo fahren, haben sie wegen der vielen Arbeit leider nicht geschafft...

Im Übrigen ist fast 12 Jahre nach der Wende die Abschaffung des BAT-Ost mehr als überfällig. Den Ausführungen der Kollegin Kunze in der Ausgabe DP 02/02 zur Angleichung kann ich nur voll zustimmen.

Einkommensrunde 2002/2003

Für die Vorbereitungen und Forderungsaufstellung zur Einkommensrunde 2002/2003 wurde nachstehender Fahrplan erarbeitet:

Der Arbeitskreis I der Großen Tarifkommission tagt am 2. Juli 2002 in Hilden und hat u.a. auch die Tarifrunde 2002/2003 auf seiner Tagesordnung.

Die Sprecher der Arbeitskreise I - III der Großen Tarifkommission werden sich am 25. Juli 2002 in Berlin treffen, um unter anderem weitere terminliche Vorgehensweisen hierzu abzusprechen.

Die Arbeitstagung der Mitglieder der Arbeitskreise I - III der Großen Tarifkommission findet vom 25.-27. September 2002 in Berlin statt, zu der auch Kollege Kurt Martin von ver.di zum Tagesordnungspunkt „Vorbereitung der Tarifrunde“ eingeladen ist.

Danach werden die Forderungen zur Einkommensrunde 2002/2003 sowie zur Ostantgleichung beschlossen.

Die Gewerkschaften streben einen zügigen Verhandlungsbeginn noch im Jahr 2002 an.

kör

BUCHTIPP

Tarifhandbuch 2002

WSI (Hrsg.): WSI-Tarifhandbuch 2002, Bund Verlag, Frankfurt am Main 2002, 300 Seiten, 14,90 Euro zuzüglich 3,02 Euro Versandkosten

Die neue Ausgabe der WSI-Tarifhandbuchs informiert aktuell und umfassend über das Tarifgeschehen. Es dokumentiert die tariflichen Regelungen und Lei-

stungen in 50 Wirtschaftszweigen Deutschlands. Dazu neben weiteren Schwerpunkten wie „Tarifliche Ausschlussfristen“ und dem Tarifvertragsgesetz im Wortlaut, ein Glossar mit über 100 Fachbegriffen zur Tarifpolitik.

Zu bestellen: per Fax: 0211/7778-250 oder per Email: Baerbel-Kirchner@WSI.de

Uneidliche Falschaussage eines Polizeibeamten vor Gericht

Eine uneidliche Falschaussage eines Beamten vor Gericht ist ein schwerwiegendes Dienstvergehen, das bei einem Polizeibeamten angesichts dessen besonderer Aufgabe noch zusätzlich an Unrechtsgehalt gewinnt. Die für ein derartiges Fehlverhalten grundsätzlich angemessene Disziplinarmaßnahme ist die Entfernung aus dem Dienst. Denn der dadurch verursachte Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust und die damit verbundene Ansehenschädigung für die Polizei sind so gravierend, dass weder dem Dienstherrn noch der Allgemeinheit der weitere Einsatz eines in dieser Weise straffällig gewordenen Beamten zugemutet werden kann. Hinzu kommt, dass die Strafgerichte in besonderem Maße darauf angewiesen sind, auf die Glaubwürdigkeit der in einem Strafverfahren aussagenden Polizeibeamten vertrauen zu können. Denn oftmals hängt die Entscheidung über Verurteilung oder Freispruch entscheidend von den Angaben der gegen ei-

nen Täter ermittelnden Polizeibeamten ab, so daß der Richter diesen nur dann guten Gewissens verurteilen kann, wenn er dem ihn belastenden Polizeibeamten Glauben schenken kann. Wird dies in Frage gestellt, ist eine effektive und im Interesse der Allgemeinheit unverzichtbare gerechte Strafjustiz nicht mehr handlungsfähig.

Diese Auffassung hat der Verwaltungsgerichtshof Mannheim im Urteil vom 28.9.2000 - D 17 S 11/00 - vertreten. In dem konkreten Fall war eine Dienstgradherabsetzung vorgenommen worden. Der Beamte hatte sich dafür hergegeben, einen kriminellen Kollegen zu decken und damit der Bestrafung zu entziehen. Er hatte außerdem auch der Glaubwürdigkeit der Polizei, auf die diese auch im täglichen Umgang mit dem Bürger angewiesen ist, schweren Schaden zugefügt.

Dr. O.

Nötigung durch starke Geschwindigkeitsreduzierung

Eigentlich gibt es keine Zweifel daran, dass eine Strafbarkeit wegen Nötigung in Betracht kommt, wenn ein vorausfahrendes Fahrzeug das nachfolgende Fahrzeug zu einer Vollbremsung zwingt. Ganz eindeutig ist die Lage, wenn das nachfolgende Fahrzeug sogar zum Anhalten gezwungen worden ist.

Nach dem Urteil des Bayerischen Obersten Landesgerichts vom 6.7.2001 - 1 ST RR 57/01 - liegt eine Nötigung aber auch

bereits dann vor, wenn der Täter seine Geschwindigkeit ohne verkehrsbedingten Grund massiv reduziert, um den Fahrer des nachfolgenden Fahrzeugs zu einer unangemessen niedrigen Geschwindigkeit zu zwingen, und der Nachfolgende das ihm vom Täter aufgezwungene Verhalten nicht durch Ausweichen oder Überholen vermeiden kann.

Dr. O.

Global ist manchmal ganz nah

Von Jörg Radek

Informations- und Kommunikationstechnik haben das weltweite Zusammenwachsen der Finanz-, Waren- und Dienstleistungsmärkte beschleunigt. So gut wie an jedem Punkt der Erde sind Produkte und Dienstleistungen in „Echtzeit“ verfügbar.

Die Unternehmen können sich für jede Aufgabe den optimalen Standort suchen.

Bei einem Blick durch die Kostenbrille liegen die Vorteile der internationalen Handelsverflechtungen in den Bilanzen der Firmen und auf den Preisschildern für den Verbrauchern.

Doch es ist ein verengter Blickwinkel auf die reine Kostenseite der Arbeit.

Fusionen sind daher in diesem Prozess eher ein Ausleseprozess und keine Verschmelzung. Arbeitsplätze fallen weg, andererseits gibt es neue Beschäftigungschancen.

Aber ebend nicht für jene, denen die Arbeit weggefallen ist.

Die Schwächeren und Langsameren werden in der neuen Kälte der digitalen Erfolgs- und Elitedemokratie endgültig zum sozialen Abstieg verurteilt.

Die Starken und Smarten

fürchten um die soziale Sicherheit und Stabilität, die sie die Früchte ihres individuellen Erfolges in Ruhe genießen ließe.

Wer nur den eigenen Vorteil verfolgt, untergräbt die soziale Ordnung.

Auch soziale Härten hat es immer gegeben, aber sie stießen immer auf Grenzen, weil die von den Menschen geleistete Arbeit für diejenigen, die über die Macht verfügten, unentbehrlich waren.

Deshalb fürchten viele Menschen, die immer schneller wachsende Weltwirtschaft könnte auch zu immer krasserem sozialen Schiefen führen.

Ihre Sorgen sind ernst zu nehmen, dass es im Zuge der Veränderungen zu einem größeren Ungleichgewicht in der Wohlstandverteilung kommt, sei es zwischen einzelnen Ländern und Kontinenten oder innerhalb der

Bevölkerung eines Landes. Was in einer Volkswirtschaft erwirtschaftet wird, kommt in aller Regel nicht im vollen Umfang bei denen an, die es erarbeitet haben. Eine verstärkte Arm-Reich-Polarisierung steht am Ende des bisher eingeschlagenen Weges.

Was dabei immer wieder übersehen wird, sind die Folgen, wenn die Formel von Ludwig Erhard: „Wohlstand für alle“ nicht mehr aufgeht. Soziale Gerechtigkeit ist ein Wert an sich.

Wer nur die Ökonomie als höchsten Wert achtet, dem mag die Zukunft rosig erscheinen.

John Gray, der Cheftheoretiker der früheren englischen Premierministerin Thatcher, schlussfolgert in seinem Buch „Die falsche Verheißung“: „So schwächt der globale Kapitalismus die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft, während er zugleich die Entwicklungsländer in chaotische Zustände und tiefste Unsicherheit treibt. Und deshalb stellt er eine massive Bedrohung der liberalen Zivilisation dar.“ In Argentinien gingen die Menschen der Mittelschicht auf

die Straße. In Indonesien und Brasilien stehen die Einheimischen einfach, was sie brauchen. Es gehört zu den Gegenreaktionen zur Globalisierung, dass es keine Aufstände gibt, sondern einfach Kriminalität.

Bei der Folgeabschätzung der Risiken fallen eher Schlagwörter wie Devisensteuer, Klimaschutz, Zugang zu sauberem Wasser oder Bodenschätze. Die Anschläge von New York und Washington haben die Betroffenheit auch für die „Innere Sicherheit“ im globalen Dorf geweckt.

Es muss sich erst noch erweisen, welche nachhaltige Wirkung dieser Weckruf entfacht hat.

Modell EU-Osterweiterung

Ein Beispiel vom globalen Denken zum regionalen Handeln ist das Zusammenwachsen in Europa.

Die Europäische Union beruht auf den Grundsätzen der Demokratie. Der politische Dialog war jedoch seit den Römi-

schen Verträgen von den staatlichen Interessen an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geprägt. Der Aufbau des Europäischen Binnenmarktes vollzog sich bis zum Abkommen von Schengen 1985 ohne Berücksichtigung der sensiblen Befindlichkeiten hinsichtlich der Inneren Sicherheit.

Es dürfte unzweifelhaft sein, dass die Aktivitäten im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung der Wahrung des Besitzstandes im Handelsraum vom Polarkreis bis nach Sizilien dienen.



Jörg Radek, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstands. Foto: GdP

Die Aussage von Außenminister Fischer am 28. Oktober 1999 im Deutschen Bundestag ist auch unter diesem Gesichtspunkt zu beurteilen: „Die Akzeptanz der Beitritte wird wesentlich davon abhängen, ob die zukünftigen Mitgliedstaaten in der Justiz- und Innenpolitik an die in Tampere vereinbarten Maßnahmen anknüpfen können.“

Trotzdem, diese Aussage würdigt die geographische Lage Deutschlands in der Mitte Europas und damit auch einen Knotenpunkt von Waren- und Geldströmen, sowie die Drehscheibe von Reisenden. Die Strukturen und die historischen Verbindungen eines Kulturkreises sind ein Vorteil für das Heranführen an einen Staatenbund. Vor diesem Hintergrund wird Ausstattung- und Ausbildungshilfe bei den Beitrittskandidaten geleistet.

Umfangreiche Projekte, die die Folgen eines europäischen Handelsraumes nicht vermeiden werden. Doch die Nebenwirkungen werden behandelt. Diese Unterstützung darf ihre Auswirkung auf das heimische Tagesgeschäft nicht vernachlässigen.

Die Situation in den heimischen Dienststellen hinsichtlich der Ausstattung mit Personal und Fahrzeugen fördert die Akzeptanz für die europäische Aufgabenstellung. Besonders weitere Beiträge sind dabei zu betrachten.

Dies gilt insbesondere für die Aufstellung einer personalintensiven EU-Polizeinheit.

Bewusstseinswandel beginnt zu Hause

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat auf dem Treffen im Februar in Stockholm gemeinsam mit elf europäischen Staats- und Regierungschefs unter dem Titel „Fortschrittliches Regieren“ einen Plan für die globalisierte Welt vorgestellt. Da heißt es u.a.: „Wir werden darum kämpfen, globale Ungerechtigkeiten abzubauen“.

Die Gerechtigkeitslücke zwischen Hessen und Thüringen bei der Besoldung von Polizeibeschäftigten zu schließen, wür-

de die Glaubwürdigkeit solcher globalen Forderungen erhöhen.

Er würde damit einen Weg beschreiten, den der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft aus dem Jahr 1998, Amartya Sen, als Lösungsansatz für Gerechtigkeit und Solidarität beschrieben hat. Wirtschaftlicher Wohlstand ver helfe den Menschen zu einer befriedigenderen Lebensgestaltung, dazu gehöre auch mehr Aufmerksamkeit für den Schulunterricht und bessere medizinische Versorgung.

Aus dieser Sicht ist global auf einmal ganz nah.

MITGLIEDERPROJEKT

In Brandenburg ist das Mitgliederprojekt Praxis

„Wir sind für die Mitglieder da, nicht umgekehrt!“ – kurz und bündig brachte der GdP-Landesvorsitzende Andreas Schuster die Botschaft des bundesweiten GdP-Mitgliederprojektes beim Landesdelegiertentag Ende März in Potsdam auf den Punkt.

Und er unterstützte ausdrücklich die für ihn besonders wichtigen Vorschläge des Projektes: Die Intensivierung der Vertrauensleute-Arbeit, die stärkere Mitgliederorientierung von Information und Kommunikation, die Einführung eines Beschwerdemanagements und den Aufbau eines Kompetenznetzwerkes für Mitglieder. Doch wie wichtig die Umsetzung der Ergebnisse des bundesweiten Mitgliederprojektes in den Landesbezirken, in den Bezirken und in den Kreisgruppen ist, machte auf dem Landesdelegiertentag in Brandenburg nicht nur der Vorsitzende deutlich. Auch in den Debatten und den Diskussionen

am Rande des Kongresses waren Ziele und Ideen des Mitgliederprojektes Thema. „Selbstverständlich spielt das Mitgliederprojekt auch auf unserem Delegiertentag eine wichtige

Rolle,“ berichtete die stellvertretende Landesvorsitzende Petra Schäuble. „Wir haben dafür einen eigenen Stand aufgebaut, an dem wir den Kolleginnen und Kollegen die Ergebnisse vorstel-

GdP-Projekt
Mitgliederzufriedenheit



MITGLIEDERPROJEKT

len. Mit einem kurzen Fragebogen machen wir darauf aufmerksam und wollen gleichzeitig erfahren, was die Kolleginnen und Kollegen davon halten.“

Doch das Mitgliederprojekt hat nicht erst mit dem Landesdelegiertentag Einzug in die brandenburgische GdP-Arbeit gehalten. Noch während in den Workshops auf Bundesebene gearbeitet wurde, haben die Brandenburger die ersten Anregungen und Vorschläge aufgenommen. „Eine Mitgliederbefragung haben wir schon im letzten Jahr durchgeführt“, sagte Petra Schäuble. „Das ist wirklich klasse gelaufen: Wir haben die Kolleginnen und Kollegen nämlich gefragt, ob wir uns in den Entscheidungsprozess zur Polizeistrukturereform einbringen sollen. Das war eine tolle Möglichkeit, mit vielen ins Gespräch zu kommen. Mehr als achtzig Prozent unserer Mitglieder haben sich beteiligt – mit einem eindeutigen Votum: Dreiviertel der Befragten haben sich gegen eine Beteiligung an der vom Innenministerium eingesetzten Projektgruppe ausgesprochen.“ Inhaltlich haben die GdP'ler dann natürlich trotzdem zu dem Thema gearbeitet und den Prozess von außen kritisch begleitet – ganz

klar im Sinne ihrer Mitglieder.

Inzwischen liegen alle Ergebnisse der Workshops des Mitgliederprojektes vor. In Brandenburg wird sich der gesamte Landesvorstand damit beschäftigen – und sie sollen dann auch flächendeckend in den Kreisgruppen bekannt gemacht werden. „Wir wollen die Entwicklung vorantreiben. Das geht nur, wenn wir hinfahren und die Vorschläge des Projektes vor Ort diskutieren“, weiß Claudia Sengelmann, die selber auf Bundesebene im Projekt mitgearbeitet hat. Und Petra Schäuble ergänzt: „Dabei müssen wir unbedingt beachten: Nicht das Mitgliederprojekt als solches ist für die Arbeit in den Kreisgruppen interessant und wichtig – sondern die Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Vor allem die Stärkung der Vertrauensleute-Arbeit ist von großer Bedeutung. Wir halten das für ein gutes Konzept und wollen bei der Umsetzung noch einige Dinge verbessern.“

Claudia Sengelmann hält auch eine Übersicht über die vielfältigen Aktivitäten der GdP-Gliederungen für eine gute Idee: „Es ist unheimlich wichtig, dass wir die Angebote, die es in den einzelnen Landesbezirken und Kreisgruppen gibt, in einem Katalog

zusammenfassen. Dann kann sich jeder informieren und sehen, welche von diesen Aktivitäten ist auch bei uns sinnvoll und umsetzbar. Klar, manche Angebote sind nicht immer und überall geeignet. Aber mit einem solchen Katalog müssen wir das Rad nicht in jeder Kreisgruppe neu erfinden. Da steckt doch ein riesiges Potenzial drin.“

Den hohen Gebrauchswert der Projektergebnisse haben die Kolleginnen und Kollegen der Kreisgruppe in Eberswalde bereits erkannt. Karl Trupp, Mitglied des Kreisgruppenvorstandes und aktiv in einem der Workshops auf Bundesebene, nennt ein Beispiel: „In der Vorbereitung der Personalratswahlen versuchen wir zum ersten Mal, systematisch die einzelnen Zielgruppen anzusprechen. So haben wir u.a. ein eigenes Flugblatt für die Arbeiter gestaltet und ein Einzelplakat für die Kandidaten der Tarifbeschäftigten erstellt.“

Und weil die Personalratswahlen und die Polizeistrukturereform im Moment in der Brandenburger GdP im Mittelpunkt des Interesses stehen, haben die Kolleginnen und Kollegen – ganz im Sinne des Mitgliederprojektes – auch hier aus

der Not eine Tugend gemacht: Dem Innenminister hatten sie vorgeschlagen, gemeinsam eine Befragung der Beschäftigten zur Motivation der Kolleginnen und Kollegen angesichts der bevorstehenden Umsetzung der Polizeistrukturereform zu machen. Doch die Idee wurde von der brandenburgischen Landesregierung nicht aufgegriffen. Nun hat sich die GdP allein ans Werk gemacht und befragt ihre Mitglieder nach der Motivation, mit der sie derzeit ihren Dienst verrichten. Hinzugefügt haben die Kolleginnen und Kollegen von Landesbezirk gleich noch ein paar Fragen zu ihrer eigenen Arbeit. Sie wollen genau wissen, was die Brandenburger GdP'ler davon halten, was ihnen gefällt, und was sie in Zukunft besser machen sollen.

„Mit einer solchen Befragung gehen wir ganz klar in Richtung Beschwerdemanagement“, erklärt Petra Schäuble. „Das müssen wir unbedingt ausbauen. Denn wer eine Beschwerde hat, hat Interesse an uns als Organisation, an der GdP. Das ist total wichtig.“

wew

Retten, was zu retten ist

Die Neuregelung des Waffenrechts soll noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden, das jedenfalls ist Wille des Bundesinnenministeriums. Ob etwas daraus wird, also: ob noch etwas von dem heftig umstrittenen Gesetzentwurf zu retten ist, hängt entscheidend von den weiteren Beratungen im Innenausschuss des Deutschen Bundestages ab. Dieser hatte am 20. März 2002 in Berlin sich selbst erst mal schlau gemacht – mithilfe von 15 Sachverständigen, die in einer öffentlichen Anhörung über fast vier Stunden zu dem Gesetzentwurf Stellung nahmen, darunter, für die Gewerkschaft der Polizei GdP-Geschäftsführer Wolfgang Dicke.

Ein ganz wesentlicher Punkt ist bekanntlich aus Sicht der GdP die waffenrechtliche Behandlung von Gas- und Alarmwaffen. Kollege Dicke wies eindringlich auf den seit Jahren bestehenden unhaltbaren Zustand hin, dass Gaspistolen sich einer zweifelhaften Beliebtheit erfreuten: sie sind bei über 55 Prozent aller Raubdelikte das Tatmittel. Dicke: „Gelegenheit also nicht nur Diebe, sondern auch Räuber.“ Die GdP hatte den Gesetzentwurf heftig kritisiert („Lachnummer“), weil nach wie vor für den Erwerb dieser Waffen lediglich das Alterserfordernis von 18 Jahren gelten sollte; für das Führen sollte ein Waffenschein vorgeschrieben werden.

Der freie Zugang, so die Kritik der GdP, ist aber das eigentliche Problem; also unterbreitete die GdP einen eigenen Vorschlag, der Erwerb und Führen von Gas- und Alarmpistolen regelt:

- Vorlage eines Polizeilichen Führungszeugnisses beim Händler.

- Der Händler hält aufgrund eines amtlichen Ausweises und des Polizeilichen Führungszeugnisses die persönlichen Daten sowie die Daten der zu erwerbenden Waffe in einem Gas-/Alarmwaffenbuch fest.

- Der Kaufnachweis gilt zugleich als Berechtigung zum Führen (Kleiner Waffenschein).

- Die Behörde nimmt nach eigener Entscheidung Einsicht in das Gas-/Alarmwaffenbuch.

- Der Munitionserwerb ist ebenfalls nur nach entsprechendem Verfahren möglich.

- Mit der Ausdehnung des beschriebenen Verfahrens auf den Munitionserwerb wird der Rückgriff auf den Altbesitz möglich, ohne großen Verwaltungsaufwand auszulösen.

Erheblich geeignetere Hürde

Dieser Vorschlag wird nach Meinung der GdP sowohl der öffentlichen Sicherheit, als auch den praktischen Möglichkeiten der Behörden vor Ort gerecht. Natürlich sieht auch die GdP, dass die Aussagefähigkeit des Polizeilichen Führungszeugnisses begrenzt ist, aber es stellt als Zugangserfordernis eine erheblich geeignetere Hürde als lediglich das Alterserfordernis dar.

Bei der Anhörung bestätigte Leo Schuster, Erster Direktor im Bundeskriminalamt, die Auffassung der GdP, wonach der legale Waffenbesitz nicht das Problem ist. Besorgniserregend, so Schuster auf Nachfrage von Abgeordneten des Innenausschusses, sei der Anteil von Gaspistolen an sichergestellten Waffen aufgrund von StGB-Straftaten. Von den 1.744 sichergestellten Waffen im Jahr 2000 sind laut BKA-Statistik 1.034 Gas- und Alarmwaffen.

Ebenso anschaulich wie beeindruckend war bei der Anhörung die Darstellung von Professor Dr. Markus Rothschild, Rechts-

mediziner an der Goethe-Universität in Frankfurt/Main. Er wies an vier Fällen nach, dass im absoluten Nahbereich Schüsse aus Gaspistolen wegen des extrem hohen Gasdrucks tödlich sein können. Der Professor: „Der Gasstrahl hat eine große Dichte, er wirkt praktisch wie ein Geschoss.“

Vertreter der Polizeibehörden, vom Essener Polizeipräsidenten Herbert Schenkelberg bis zu Stefan Christmann, Waffenrechtsreferent im Innenministerium Rheinland-Pfalz und Siegfried Böttcher, zuständiger Waffenreferent im Polizeipräsidium Bonn, hielten den Gesetzentwurf gegenüber dem geltenden Waffenrecht für einen Fortschritt; allerdings, so Böttcher, bleibe die Verständlichkeit teilweise auf der Strecke.

Die Sachverständigen aus dem Kreis der interessierten Verbände von den Schützen- und Schießsportverbänden über den Jagdschutzverband, das Forum Waffenrecht bis zu Vertretern der Büchsenmacher und Waffenhändler sowie Sammler lehnten

überhaupt seitens der Behörden überprüft werden solle. Obendrein bemängelte die GdP die Sinnhaftigkeit der beabsichtigten Regelung. Erfasst werden sollen danach Waffen, die gemäß Definition zur Beeinträchtigung der Angriffs- und Abwehrfähigkeit von Menschen bestimmt sind (Hieb-, Stich- und Stoßwaffen), diesen stehen technisch aber Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Küchen- und Brotmesser gleich, die nicht erfasst werden. Nach polizeilicher Erfahrung stellen aber gerade Küchenmesser den Löwenanteil an den einschlägigen Tatmitteln. GdP-Geschäftsführer Wolfgang Dicke: „Kein Bürger wird verstehen, weshalb der eine Gegenstand sicher aufbewahrt werden soll, der andere ebenso geeignete Gegenstand, der gern und oft als Tatmittel benutzt wird, jedoch nicht.“

Der in Öffentlichkeit und Politik „beliebten“ These, wonach ein liberaler Zugang zu Schusswaffen zu einem verbreiteten kriminellen Gebrauch führt, setzte der Wiener Kriminologe Profes-

“ **Der Gasstrahl hat eine große Dichte, er wirkt praktisch wie ein Geschoss.** ”

die restriktiven Regelungen im Gesetzentwurf ab, zumal es für derlei Beschränkungen keinen Anlass gebe. Man bekannte sich zu präziseren Regelungen der sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen, wünschte sich da jedoch mehr Praxisnähe. Die GdP wiederholte zu diesem Thema ihre Kritik, wonach die ganz allgemeine Aufforderung nach sicherer Aufbewahrung von Waffen (also Hieb-, Stich und Stoßwaffen) wenig hilfreich ist. Wenn es keine konkreten Anforderungen an deren Aufbewahrung gibt, stelle sich die Frage, was dann

Dr. Franz Császár, Institut für Strafrecht und Kriminologie, eine ganz andere Erkenntnis entgegen. In Österreich sei der private Waffenerwerb von 1982 bis zum EU-Beitritt 1998 um 90 Prozent gestiegen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Straftaten mit Schusswaffen um 40 Prozent gesunken sei. Anders hingegen in England: Dort sei der private Waffenbesitz praktisch verboten worden, zugleich habe der Schusswaffengebrauch durch Kriminelle stark zugenommen. Der Österreichische Professor zerstörte ein weiteres, ver-

breitetes Vorurteil. In den USA gebe es von Staat zu Staat höchst unterschiedlich strenge Waffenregelungen; allgemein gelte, dass die kriminelle Verwendung von Schusswaffen dort am niedrigsten sei, wo es die meisten Waffen in Privathand gebe.

Das intensive Frage und Antwortspiel zwischen den Mitgliedern des Innenausschusses und den Sachverständigen war durchaus als Beleg dafür zu werten, dass alle Seiten an einer sachgerechten Lösung des Themas interessiert sind. Die Bundestagsabgeordneten, gleich welcher politischen Couleur, beteuerten, dass es nicht ihre Absicht sei, die legalen Waffenbesitzer, egal ob Schützen, Jäger oder Sammler, zu beeinträchtigen. Ein wenig schwierig war die Diskussion allerdings deshalb, weil Grundlage der Anhörung formal der am 13. Dezember 2001 eingebrachte Gesetzentwurf der Bundesregierung war, zugleich aber, so die Vorsitzende des Innenausschusses Ute Vogt, weitere Vorschläge bewertet werden sollten, die nach Gesprächen der Fachverbände mit Bundesinnenminister Otto Schily formuliert worden waren und eine Reihe von Erleichterungen gegenüber dem Entwurf vorsahen. Es wird also darauf ankommen, ob nach der Anhörung der Innenausschuss sich diese Vorschläge für das weitere Gesetzgebungsverfahren zu Eigen macht.

Ein aus Sicht der Polizei wichtiger Punkt ergab sich aus der Diskussion zwischen dem Innenausschuss und den Sachverständigen. Weil sich immer klarer herausstellte, dass der illegale Besitz und vor allem das illegale Führen von Schusswaffen ein immer dringenderes Problem sind, kam der Vorschlag auf, das illegale Führen von scharfen Schusswaffen (bisher ein Vergehenstatbestand) zu einem Verbrechenstatbestand hoch zu stufen. Die Vertreter der Polizei, natürlich auch die GdP, stimmten spontan zu.

W. D.

Was tun, wenn der Kollege die Seite wechselt?

Von Volker Amler

Die ungebrochene Macht des Korpsgeistes – sind Interne Ermittler auf verlorenem Posten? Kaum einem anderen Berufsstand nimmt man es vergleichbar übel, wenn er auf die schiefe Bahn gerät. Der Polizist, Dein Freund und Helfer, selbst ein Verbrecher? Jeden einzelnen Fall nimmt die Öffentlichkeit aufs Neue erschrocken zur Kenntnis, die Presse breitet jeden so genannten Polizeiskandal in dicken Überschriften aus und Drehbuchautoren garnieren ihre Krimis immer öfter mit „bösen“ Polizisten und dem spannungsgeladenen Auftritt Interner Ermittler.

Der dadurch entstehende Eindruck, dass in letzter Zeit immer mehr Polizisten höchstpersönlich mit den Strafgesetzen in Konflikt geraten, ist statistisch nicht zu belegen. Bestechliche Beamte gab es zu allen Zeiten und das kriminelle Milieu suchte sich seit jeher „Verbündete“ in den Reihen der Polizei. Allerdings ist der Anspruch an die Polizei im heutigen demokratischen Rechtsstaat weder mit Polizeiapparaten totalitärer Regime der deutschen Vergangenheit noch allgemein mit den Polizeien anderer Staaten zu vergleichen. In Ausbildungsrichtlinien und Leitbildern sind die Anforderungen an den hochqualifizierten, bürgerfreundlichen, kompetent und gerecht handelnden Polizisten definiert. Um diesem Idealbild zu entsprechen, genügt es eben nicht mehr, einfach nur Spiegelbild der Gesellschaft zu sein.

Interne Präventions- und Ermittlungsarbeit ist notwendig

Die Notwendigkeit interner Präventions- und Ermittlungsarbeit wird daher von kaum jemand mehr ernsthaft angezweifelt. Lediglich die Organisation und Intensität unterscheidet sich in den einzelnen Polizeien. Die Schwierigkeiten, auf die die mit dieser Aufgabe betrauten Kolle-

Verfehlungen einzelner „schwarzer Schafe“ stehen Interne Ermittler jedoch auf verlorenem Posten. In der Praxis ist es aber keineswegs so, dass der Polizist auch im polizeilichen Innenleben immer nur Polizist ist. Hier ist er – sogar zu vorderst – Kollege, Kamerad, Partner, Freund. Und muss dies nicht auch so sein? Der positive Zusammenhalt ist in einer Polizeiorganisation doch le-



Gemeinsam in guten und in schlechten Zeiten: vor falsch verstandenem Korpsgeist wird gewarnt. Foto: Privat

gen stoßen, sind überall gleich. Das Misstrauen, das einem internen Ermittler im Kollegenkreis entgegenbracht wird, ist gigantisch. Dies erklärt sich zum einen aus dem verständlichen Unbehagen, das aus der kritischen Beobachtung und Bewertung der eigenen Dienstverrichtung resultiert. Zum anderen gibt es da den berühmten berüchtigten Korpsgeist, der durch kollektiven Zusammenhalt Aufdeckung verzögert und Ermittlungen behindert.

Ohne Unterstützung, ohne Information, ohne Meldung von

bensnotwendig. Im täglichen Dienst und erst recht im Einsatz muss man sich aufeinander verlassen können, darf der Kollege nicht als permanenter Kontrolleur empfunden werden. Wer den Kollegen verpfeift, wer Internen Ermittlern zuarbeitet, der wird schnell zum Verräter gestempelt. Die Konsequenz ist Ausgrenzung, Mobbing, Vereinsamung.

An dieser Stelle könnte dieser Beitrag schon zu Ende sein, wenn man die in der Tat schwierige Problematik als unlösbar im Raum stehen lassen wollte. So

INTERNE ERMITTLUNG

einfach darf man es sich aber nicht machen. Sie ist aber auch nicht zu akzeptieren. Schließlich hätten nahezu alle Polizeiskandale, die das Image des gesamten Berufsstandes nachhaltig beschädigten, von Kollegen verhindert werden können: „Die langjährige bevorzugte Auftragsvergabe an ein bestimmtes Abschleppunternehmen war nicht nur am Gewinn beteiligten Kollegen bekannt.“ – „Verstrickungen ins Rotlichtmilieu kannte auf der Dienststelle jeder.“ – „Drogen- und Anabolikabeschaffungsringe haben in der Regel Dimensionen, die es schwer glaubhaft machen können, dass Kollegen nichts gewusst haben, nur weil sie nicht mitgemacht haben.“ – „Illegaler Drogenkonsum im Kollegenkreis geschieht meist gar nicht so heimlich, als dass es nicht der eine oder andere Kollege mitbekommen könnte.“ – „Über organisierte Diebstahls- bzw. Unterschlagungshandlungen wussten ganze Dienststellen Bescheid.“ – „Selbstverständlich bleibt auch die Misshandlung von Festgenommenen den Kollegen nicht verborgen, die sich selbst niemals in solcher Art verdingen würden.“ – „Den auf kriminellen Geschäften beru-

hende, luxuriöse Lebenswandel des Kollegen kriegt man im engen dienstlichen Verhältnis eigentlich auch mit.“

Zwangsläufiger Spagat

Die Beispiele machen deutlich, dass interne Präventions- und Ermittlungsarbeit zwangsläufig zum Spagat wird. Sie muss Corporate Identity, dem gesun-

den Zusammenhalt und dem inneren Vertrauensbedürfnis einerseits gerecht werden, ohne andererseits Verschweigen und Vertuschen von Fehlverhaltensweisen akzeptieren zu können. „Gegen die Mauer des Schweigens“ muss daher immer wieder angerannt werden. Den Beamten muss verinnerlicht werden, dass auch gegenüber dem besten Kollegen

„Den Beamten muss verinnerlicht werden, dass auch gegenüber dem besten Kollegen die Toleranzschwelle irgendwann überschritten ist und eine Anzeige bzw. interne Meldung fällig ist.“

die Toleranzschwelle irgendwann überschritten ist und eine Anzeige bzw. interne Meldung fällig ist. Es darf kein Zweifel bleiben, dass dies in jeder einzelnen „Kategorie“ der oben genannten Tatbestände ganz sicher der Fall ist.

Keine Aufforderung zur Denunziation, aber notfalls anonym anzeigen

Der Kritiker wird jetzt wieder von der Aufforderung zur Denunziation sprechen. Es gehört daher unbedingt zu einer sinnvollen Präventionsarbeit, dieser Kritik den Boden zu entziehen, indem die Zielrichtung der internen Kontrolle ganz klar definiert wird. Es geht eben nicht darum, das Falschparken oder Fremdgehen des Kollegen zu melden. Niemand wird jedoch unbeschadet der gesetzlichen Verpflichtungen die besondere Legitimation anzweifeln, dass Straftaten, die der eigenen Aufgabenwahrnehmung als Polizist krass zuwiderlaufen, – unter Umständen auch anonym – anzuzeigen sind. Anonymität ist aber nur dann zu respektieren, wenn der Kollege fürchtet, die Folgen seiner Anzeige nicht aushalten zu können, wenn er Angst hat, „künftig allein in der Kantine sitzen zu müssen“. Den internen Ermittlern kommt in solchen Fällen die Aufgabe zu, den Wahr-

heitsgehalt einer anonymen Eingabe so sensibel wie möglich zu ermitteln, um einen irreparablen Rufschaden für den „Gemeldeten“ im Falle der gezielten Denunziation zu vermeiden. Denn leider ist die interne Anzeige all zu oft nicht von hehren Motiven getragen.

Kein Allheilmittel

Dennoch darf in interner Präventions- und Ermittlungsarbeit auf Dauer kein Allheilmittel gesehen werden. Dem immer größer werdenden Anspruch an eine moderne Polizei muss mit einer Fülle von Maßnahmen entsprochen werden. Leitbilder dürfen nicht nur geschrieben, sie müssen auch vorgelebt werden. Mit einer guten Ausbildung allein ist es nicht getan, wenn anschließend die Zeit für eine kontinuierliche Fortbildung fehlt. Vor allem die Vorgesetzten müssen ihre Aufgabe bei Führung, Fürsorge und Kontrolle (!) gegenüber ihren Mitarbeitern so ernst nehmen, damit zusätzlichen „Überwachungs- und Sanktions-einrichtungen“ langfristig wieder mehr und mehr die Existenzberechtigung entzogen werden kann.

Und Vorgesetzte dürfen den unsäglichen Korpsgeist nicht auch noch dadurch fördern, dass sie Fehlverhaltensweisen in der eigenen Dienststelle „deckeln“, um ihrer Karriere nicht zu schaden.

Sicherlich wird es immer Polizisten geben, die aus der Spur geraten und zu „schwarzen Schafen“ mutieren. Vielleicht liegt das auch einfach daran, dass der ständige Umgang mit der anderen Seite in Versuchung führen kann, der ständige Umgang mit der Kriminalität die eigene Widerstandskraft aushöhlt. Erklärungen sind aber keine Entschuldigungen. Deshalb müssen straffällige Kollegen konsequent diszipliniert und in hoffnungslosen Fällen aus dem Dienst entfernt werden.

Der noch immer überdurchschnittlich gute Ruf der deutschen Polizeien verpflichtet dazu.

Autor Volker Amler, Polizeidirektor im BGS, ist als Referent im Bundesinnenministerium u. a. verantwortlich für „Prävention und Interne Ermittlungen“.

Forensische EDV-Beweismittelsicherung

Wer dienstlich schon einmal einen Computer sicherstellen musste, stand zunächst vor der Frage: Wie kann diese Datenflut am besten bewältigt und ausgewertet werden? Tatsächlich ist es so, dass EDV-Beweise oftmals das letzte Teil eines Puzzles sind und das Bild, das man sich bisher von einem Verdächtigen machen konnte, vervollständigen.

Es ist nicht nur ausschlaggebend, dass mittels EDV-Beweisen ein Fall gelöst werden kann. Es muss auch gewährleistet sein, dass gerichtsverwertbare Beweise vorliegen.

Die EDV-Forensik ist eine Wissenschaft, bei der nach erprobten Methoden und genau festgelegten Schritten vorgegangen wird.

Der wichtigste Punkt ist, dass beweisbar ist, dass durch die Analyse die Daten nicht verändert wurden. Wenn dieser Beweis nicht angetreten werden kann, sind die ganze Analyse und die gefundenen Beweise im Prinzip wertlos. Mit der entsprechenden Software muss also sichergestellt werden, dass Beweise gefunden werden. Hierzu gibt es eine Vielzahl von forensischen Werkzeugen, die alle Bereiche einer Festplatte und anderer Datenträger nach Daten durchsuchen und die EDV-Ermittler bei ihrer Arbeit unterstützen.

Tatwerkzeuge identifizieren

Bevor die EDV-Ermittler mit der Auswertung beginnen können, müssen sie erst einmal die „Tatwerkzeuge“ identifizieren. Das hört sich zunächst ganz einfach an, denn schließlich geht es im Bereich der EDV-Beweismittelsicherung ja um Computer. Es lohnt sich jedoch, die Zeit zu investieren, um den „Tatort“ genauer zu untersuchen.

Hat der Computer, der sichergestellt wird, z.B. einen CD-Brenner, so ist die Wahrscheinlichkeit relativ hoch, dass am „Tatort“ nicht nur Installations-CD's für Programme vorgefun-

den werden, sondern auch selbstgebrannte CD's, die wichtige Informationen z.B. aus einer Datensicherung enthalten können. Auch Disketten, ZIP-Disks und eigentlich alle Formen elektronischer Speichermedien sollten berücksichtigt werden.

Kontrollierte Laborbedingungen

In ihrem Labor befassen sich die EDV-Ermittler dann zunächst einmal mit der Sicherung der Daten der sichergestellten Computer/Speichermedien. Mit entsprechender Hardware geht das natürlich auch vor Ort, wenn z.B. die Geräte aus irgend einem Grund nicht abtransportiert werden können. Wenn möglich, wird jedoch versucht, unter kontrollierten Laborbedingungen zu arbeiten. Bei der Sicherung, wie auch bei der späteren Auswertung, verlassen sich die EDV-Ermittler ausschließlich auf forensische Spezialsoftware, die auch z.B. versteckte Datenbereiche mitkopieren und auswerten kann. Nach der Sicherung wird, durch den Einsatz von wissenschaftlichen Verfahren und Erfahrungswerten aus ähnlich gelagerten Fällen, der Versuch unternommen, wichtige Informationen aus dem Computer zu gewinnen und so verfahrensrelevante Daten zu finden.

Nachfolgende Beispiele kommen durchaus in der Praxis vor:

Die rasante Entwicklung des Internets und die wachsende Akzeptanz in der Öffentlichkeit ist wohl eine der bedeutendsten Entwicklungen der IT-Branche in den letzten Jahren. Die Zahl der Nutzer steigt stetig und es

kann zu jeder Zeit von jedem Ort anonym auf Informationen zugegriffen werden. Leider ist damit das Internet auch der favorisierte Ort zum Austausch und zur Bereitstellung von illegalen Angeboten, wie z.B. Kinderpornographie.

Anonyme Weiten des Netzes

Die Anbieter solcher Seiten bleiben in den Weiten des Netzes anonym und sind im Umgang mit Computern durchaus versiert, schließlich wissen sie ja, dass ihr Angebot strafrechtlich verfolgt wird und die Ermittler ihnen dicht auf den Fersen sind. Die Täter verschlüsseln ihre Dateien, erstellen ZIP-Files innerhalb von ZIP-Files, um den Ermittlern einen anderen Sachverhalt vorzutauschen. Sie löschen Internet-Verlaufs-Ordner und tauschen sich möglichst nicht per e-Mail sondern über Internet-Chat-Rooms aus. Ein hoffnungsloser Fall? Nicht unbedingt! Wenn der Beschuldigte erst einmal identifiziert ist und sein Computer mit den richtigen computer-forensischen Werkzeugen bearbeitet wird, kommt man in einem Großteil der Fälle zum Erfolg.

Festplatte formatiert

Mit der richtigen Software können ZIP-Archive geknackt werden und man kann sehen, welche Dateien darin enthalten sind. Hat der Beschuldigte Bilder gelöscht oder seine Festplatte formatiert, ist das mit entsprechender forensischer Software eigentlich auch kein Problem. Die Bilder werden trotzdem angezeigt und es kann sogar der genaue Speicherort auf der Festplatte bestimmt werden.

Es kommt sogar vor, dass in gelöschtem Speicherplatz Hinweise aus Online-Chat-Rooms gefunden und weitere Täter identifiziert werden können. Was die

EDV-Ermittler jedoch nach wie vor persönlich bearbeiten und nicht ausschließlich einem Programm überlassen, ist die Aufgabe, die Bilder zu sichten und mögliche kinder-pornographische oder gewaltverherrlichende Darstellungen zu identifizieren.

Es gibt zwar Programme, die automatisch kinder-pornographische Darstellungen identifizieren, leider wissen aber auch die Täter darüber Bescheid und ergreifen entsprechende Gegenmaßnahmen.

Wenn nun eine Datenanalyse vorgenommen wird, sollte man nicht überrascht sein, wenn außer dem gespeicherten Kurzbrief, der sich vielleicht auf der Diskette befunden hat, noch weitere Daten identifiziert werden, die beim Speichervorgang einfach „mitgenommen“ wurden. Es ist wirklich erstaunlich, welche Datenmengen hierbei zu Tage gefördert werden können. Bei einigen wenigen Disketten können es leicht Hunderte von Seiten an Informationen sein – von Online-Überweisung über Datenbanken bis zu Online-Chats.

Mehr über das Themenfeld „EDV-Ermittlung“ können Interessierte auf der 2. Internationalen Fachmesse für Polizei- und Spezialausrüstung (GPEC) vom 4. bis 6. Juni 2002 erfahren. (DP berichtete über den „Branchentreff rund um die Polizei“ in ihrer April-Ausgabe).

Dort vertreten sein werden u.a. Firmen, die sich auf komplizierte Fälle im Bereich von z.B. Kinderpornographie, Rechtsradikalismus, Mord/Entführung (SOKO Julia), Korruption und ähnlich gelagerte Straftaten spezialisiert haben.

Wer jetzt schon Informationen benötigt, mailt an einen der GPEC-Aussteller:

info@alste-tech.com

Zahl der Verkehrstoten gesunken

Bei Verkehrsunfällen auf Deutschlands Straßen starben im Jahr 2001 6.962 Personen. Rund 494.400 wurden verletzt. Gegenüber 2000 seien dies 7 Prozent (541) weniger Verkehrstote und zwei Prozent (9.718) weniger Verletzte. Die „zentrale Risikogruppe“, so meldete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden (Destatis), stelle nach wie vor die Gruppe der jungen Erwachsenen zwischen 18 bis unter 25 Jahren dar. Beinahe ein Viertel (1.606) aller Getöteten gehöre zu dieser Altersgruppe.

Im Jahr 2001, so die Statistiker, seien damit die wenigsten Verkehrstoten seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im früheren Bundesgebiet im Jahr 1953 registriert worden. Die meisten Verkehrstoten habe es in Deutschland 1970 mit 21.332 gegeben.

Leichter Anstieg bei Unfällen

Insgesamt 2,36 Millionen mal krachte es 2001 auf Deutschlands Straßen. Dies ergebe ein mit 0,5 Prozent leichtes Plus an Unfällen gegenüber 2000, zählte Destatis.

Dabei fiel der Anteil von Unfällen mit Personenschaden um zwei Prozent (374.800). Die Zahl schwerwiegender Unfälle mit Sachschaden stieg dagegen um ein halbes Prozent.

Risiko Motorrad

Auf den Autobahnen nahm die Zahl der Unfälle um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. 15 Prozent weniger Verkehrsteilnehmer als 2000 verloren dabei aber ihr Leben.

Nur bei Motorradfahrern, so Destatis, waren 2001 zwei Prozent mehr Personen als im Vorjahr ums Leben gekommen. Lkw-Nutzer hingegen wurden 18 Prozent, Fußgänger zehn Prozent, Pkw-Insassen neun Prozent und Fahrradfahrer drei Prozent weniger als im Jahr 2000 getötet.

Positive Entwicklung

Eine positive Entwicklung vermeldeten die Statistiker bei der Zahl der 2001 tödlich verunglückten Kinder und Senioren. Mit einem Rückgang um fünf Prozent (228) bei den jüngsten Verkehrsteilnehmern erreichten die Zahlen den niedrigsten Stand seit Bestehen der Statistik. „Ermutigend“ nannte der Präsident des Deutschen Verkehrssicherheitsrates, Prof. Manfred Bandmann, diesen Rückgang. Mit dem Programm „Kind und Verkehr“ des DVR und seiner Mitglieder würde etwa ein Fünftel aller Eltern eines Kindergartenjahrgangs erreicht.

Auch die Zahl der getöteten Senioren von 65 Jahren oder älter sank um zwei Prozent auf 1.284.

Weniger Alkoholunfälle

Die Wiesbadener Statistiker errechneten bei einer Gesamtzahl von 64.300 Alkoholunfällen einen Rückgang von sechs Prozent zum Vorjahr. Gleichfalls abgenommen hätten dabei die Zahlen der Getöteten (899 /-12 %), der Schwerverletzten (10.400/- 8 %) und der Leichtverletzten (23.100/-5 %).

Weitere Informationen zum Unfallgeschehen auf deutschen Straßen gibt es im Internet unter: www.destatis.de

MiZi

Gefährliche Frontschutzbügel

Im Kampf gegen besonders für Kinder gefährliche Frontschutzbügel an Kraftfahrzeugen hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages breite parlamentarische Unterstützung erhalten. Damit folgten die Parlamentarier einer Empfehlung des Deutschen Verkehrsgerichtstages 2001, der sich für ein Verbot der so genannten „Kuhfänger“ aussprach.

Bei der Beratung der fußgängersicheren Gestaltung von Frontpartien an Fahrzeugen in Europa hätten sich alle Fraktionen des Bundestages im federführenden Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen darauf verständigt, die Bemühungen der Bundesregierung zu unterstützen, auf EU-Ebene ein rasches Verbot von Frontbügel an Kraftfahrzeugen zu erreichen,

sen wiederholt die Abschaffung von Frontschutzbügeln und zuletzt auch einen nationalen Alleingang im Wege der Änderung der Kfz-Zulassungsverordnung gefordert.

Eindrucksvolle Zahlen unterstützten die Abgeordneten bei ihrer Entscheidung. Bereits 1996 hat die Bundesanstalt für Straßenwesen Untersuchungsergebnisse vorgestellt, die deut-



Im australischen Outback durchaus notwendig: der Bundestag will den „gefährlichen Frontschutzbügel“ auf deutschen Straßen verbieten.

Foto: dpa

so die Pressestelle des Bundestages. Außerdem solle auf eine entsprechende nationale Änderung der Kfz-Zulassungsverordnung hingewirkt werden.

Notfalls nationaler Alleingang

Die Kinderkommission habe im Laufe des letzten Jahres sowohl auf europäischer Ebene als auch beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

lich machten, dass solche Ramm- schutzbügel bei Unfällen besonders Kinder gefährden. Insgesamt seien die Verletzungen gravierender als bei normalen Stoß- fängern.

„Wir freuen uns, dass jetzt in allen Fraktionen breite politische Unterstützung vorhanden ist“, erklärte die Vorsitzende der Kinderkommission, Rosel Neuhäuser, MdB (PDS) gegenüber der Presse.

MiZi

Besser sicher mit dem Roller

Die Freiheit auf zwei Rädern fasziniert immer mehr Menschen. Ob 16, 30 oder 65 Jahre alt, der Motorroller ist für alle Altersstufen stark im Kommen. Bereits jedes vierte Kraftrad ab 125 ccm fällt in die Gruppe der trendigen Zweiräder. Der Motorroller erscheint vielen als ideales Fortbewegungsmittel für den Stadtverkehr. Dank Schaltautomatik und Elektrostarter vermittelt er den Eindruck, leicht bedienbar zu sein. Auf der einen Seite sei dies richtig, sagt Detlef Wolf von der Polizei Essen. Auf der anderen Seite liege aber auch genau darin das Gefahrenpotenzial, denn Motorroller seien keine Spielzeuge und das sichere Führen erfordere solide Kenntnisse und ausgebildete Fähigkeiten.

Polizeikommissar Detlef Wolf ist Verkehrssicherheitsberater der Essener Polizei und nach den Richtlinien des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) ausgebildeter Fahrsicherheits-trainer für Fahrer motorisierter Zweiräder. Im dienstlichen Rahmen führt er seit zwei Jahren spezielle Rollertrainings durch. Unterstützt wird der dabei vom Zweiradhersteller Piaggio, der der Essener Polizei einen Trainings-Roller zur Verfügung stellte.

Über seine Erfahrungen und Pläne berichtet Detlef Wolf im Folgenden.

Beliebtes Fortbewegungsmittel

Warum die Roller quer durch alle Altersklassen so beliebt sind: neben Fahrspaß, praktischen, technischen, modischen, finanziellen und verkehrsspezifischen Erwägungen, sind es vor allem die günstigen Einstiegsmöglichkeiten.

Beispielsweise in die Klasse bis 125 ccm ab dem 16. Lebensjahr oder für Besitzer der Fahrerlaubnis Klasse 3, bei Erwerb vor dem 01.04.1980 oder in die Klasse A, für Inhaber der Klasse 1,2,3 oder 4, bei Erwerb vor dem 01.12.1954, die sogar das Führen eines Maxi-Scooter ohne Leistungsbeschränkung ermöglicht.

Eine detaillierte Dekra-Auswertung von Motorrad- und Rollerfahrern zeigt, dass das Sicherheitspotenzial beim Brem-



Noch ist das Rollersicherheitstraining der Essener Polizei einzigartig: Nachahmer sind erwünscht.

Foto: Wolf

sen nur ungenügend genutzt wird. Während vor einem Unfall ca. 31 Prozent der Motorradfahrer gebremst haben konnte bei nur vier Prozent der Rollerfahrer eine Bremsung nachgewiesen werden. Da bei den einfach zu bedienenden Rollern der Anteil von weniger geübten Personen noch wesentlich höher sein dürfte als bei den Motorradfahrern, ist die Scheu vor einer starken Notbremsung durchaus erklärbar.

Wer den Spaß auf zwei Rädern genießen möchte, sollte kein Zweirad nur nach dem Aussehen, nach Form oder Farbe

kaufen. Es muss zum Einsatzzweck und zur Größe des Fahrers passen. Nach einer kurzen Eingewöhnungsphase ist die Teilnahme an einem speziellen Sicherheitstraining unter professioneller Anleitung empfehlenswert.

Ganztägiges Training

Jedem noch unsicheren Fahrer, der bereits im Besitz eines

machten. Mittlerweile richtet sich dieses Programm an alle Rollerfahrer, die einen Trainingsbedarf verspüren. Zu Beginn der Zweiradsaison 2002 wird das Angebot um ein spezielles Training für „Ältere Menschen“ erweitert.

Diese Trainings sind kostenlos und finden auf dem Motorradübungsplatz der Polizei Essen statt.

Für den Abschluß einer Vollkaskoversicherung für das eigene Fahrzeug fallen jedoch geringe Kosten an.

Nachahmer erwünscht

Wünschenswert ist es, dass dieses bislang bundesweit einzigartige Projekt recht bald Nachahmer, in der Zweiradindustrie sowie in Reihen der Polizei, finden wird.

Neben Roller-Sicherheitstrainings führt die Polizei Essen auch Roller-Sicherheitsturniere durch. So konnten die Verkehrssicherheitsberater der Essener Polizei u.a. auch auf der Jugendmesse „You 2001“ in Essen ein Motorrollerturnier ausrichten.

Zur Verfügung standen drei grundverschiedene Fahrzeuge, die für einen Geschicklichkeits-Parcours ganz besonders geeignet, geeignet oder nur bedingt geeignet waren.

Insgesamt nahmen an vier Tagen, davon zwei Regentagen, 508 Teilnehmer am Turnier teil, während 120 weitere die Möglichkeit zu einer kostenlosen Probefahrt mit einem der neuen Motorroller nutzten.

Der Großteil der Zweiradfahrer war männlichen Geschlechts, der Frauen-Anteil lag bei 15 Prozent. Die Altersgruppe der 16- bis 17-jährigen nahm rund 36 Prozent ein, 43 Prozent waren zwischen 18 und 20 Jahre alt. Insgesamt besaßen 26 Prozent eine Fahrerlaubnis der Klasse M (4/ bis 50 Kubikzentimeter), 22 Prozent waren im Besitz einer Fahrerlaubnis der Klasse A1 (1b/ bis 125 Kubikzentimeter), 10

VERKEHRSTRAINING

Prozent hatten die Klasse A (1a/ über 125 Kubikzentimeter), die verbleibenden 42 Prozent besaßen die Klasse B (3/ für PKW), die auch zum Führen von motorisierten Zweirädern bis 50 Kubikzentimeter berechtigt.

Den Erwartungen entsprechen

Das Gesamtergebnis entsprach in etwa den Erwartungen der Verkehrssicherheitsberater der Polizei. Während rund ein Viertel der Rollerfahrer den Parcours mit null Fehlern und einer Zeit zwischen 27 und 40 Sekunden bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 9 bis 12 Kilometern pro Stunde bewältigte, ihr Fahrkönnen also richtig einschätzen konnte, benötigte über die Hälfte der Teilnehmer zwischen 30 und 50 Sekunden bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von fünf bis 11 km/h und leistete sich bis zu fünf Fehler, überschätzte ihr Fahrkönnen also ein wenig.

Etwa zehn Prozent bewältigten den Parcours mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von nur fünf km/h bei einer erschreckenden Fehlerquote von bis zu 20 Fehlern, während ca. 14 Prozent bereits mit dem Probendurchgang überfordert waren und zum Hauptdurchgang gar nicht erst antraten.

Dieses Ergebnis unterstreicht die Notwendigkeit des im August 2000 ins Leben gerufenen Sicherheitstrainingsprojektes der Polizei Essen.

Bedarf steigt

In der Zweiradsaison 2001 nahmen über 500 Rollerfahrer an einem Sicherheitstraining in Essen teil.

Mit der steigenden Zahl der Rollerfahrer steigt auch die Zahl der Trainingsbedürftigen, so dass dieses zukunftsorientierte Projekt wohl zum festen Bestandteil der Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei Essen werden dürfte.

Ein Trainingsbedarf besteht aber nicht nur in der breiten Öffentlichkeit, sondern auch in den

Reihen der Polizei. Mehr als 60 Bezirksbeamte müssen allein in ihrem Essener Bezirk zum Teil sehr weite Strecken zurücklegen und wollen natürlich sicher dort ankommen. Nicht selten greifen sie dabei auf Motorroller zurück ohne je im Umgang mit diesen

Fahrzeugen geschult worden zu sein und die Berechtigung zum Führen durch den Erwerb ihrer PKW-Fahrerlaubnis erlangt haben.

Das Trainingsprojekt findet selbstverständlich auch hier Anwendung. So werden die Bezirks-

beamten in Essen in mehreren Trainings im Umgang mit ihren Maschinen geschult. Darüber hinaus erlangen sie Kenntnisse, die sie als Multiplikatoren in ihre Bezirke weitertragen.

Info: www.rollertraining.de

INTERNATIONALES

Britische Polizisten fordern Fair Play für Polizeidienst

Unzufriedenheit mit Bezahlung und Bewertung des Polizeidienstes ist keine deutsche Spezialität. Was hierzulande am 26. November 2001 auf dem Gendarmen-Markt in Berlin stattfand, fand am 13. März 2002 in London seine Entsprechung: 10.000 britische Polizistinnen und Polizisten standen in einer schier endlosen Schlange in Westminster vor dem altherwürdigen Parlamentsgebäude und begehrten Einlass. Sie wollten – was uralter britischer Tradition entspricht – als Bürger mit ihren Parlamentsabgeordneten sprechen. Die Botschaft: Die Police Federation of England and Wales lehnt das Polizeireform-Gesetz rundheraus ab und forderten stattdessen Fair Play für den Polizeidienst.

Dieses Gesetz hat es in sich, es sollte nicht nur die Bezahlung und das Bezahlungssystem verändern, sondern auch polizeiliche Befugnisse für Parkwächter o.ä. einführen. Was die britischen Kolleginnen und Kollegen so sehr aufbrachte, dass sie jede kühle Zurückhaltung aufgaben, und zu über 10.000 aus dem ganzen Land nach London fuhren, war die kühne Behauptung von Englands Premier Tony Blair im Parlament, dass die britische Polizei „auf seiner Seite“ sei, was das Gesetzesvorhaben angehe. Blair stützte sich hierbei auf die Beteuerung von Innenminister Blunkett, er habe in Verhandlungen mit der Police Federation deren Zustimmung erlangt.

Dumm gelaufen: Das Gegenteil war richtig. Die Police Federation of England and Wales hatte insbesondere die Änderung von Bezahlung und



Bezahlungssystem am 6. Februar 2002 unter den Polizistinnen und Polizisten zur Abstimmung gestellt. 75 Prozent aller Beamtinnen und Beamten beteiligten sich an der Abstimmung, 91 Prozent der abgegebenen Stimmen lauteten schlicht „Nein“.

Offenkundig reichte dieses deutliche Votum noch nicht aus, um den Innenminister zum Nachdenken zu bewegen, und so blieb der Police Federation of England and Wales nichts anderes übrig, als ihre Mitglieder aufzurufen, am 13. März 2002 gleich massenweise um ein Gespräch mit ihren Abgeordneten im Parlament nachzusuchen. Da

mussten sich die Parlamentarier sehr offene Worte über den Gesetzentwurf anhören.

Spöttischer Kommentar der Police Federation of England and Wales zu der Protestaktion: „Die britische Regierung hat doch immer versprochen, mehr Polizisten auf die Straße zu bekommen – jetzt ist es passiert!“

W. D.

SERVICE

Arthrose

An Arthrose erkranken jährlich etwa 100 000 Menschen neu. Die vierteljährlich erscheinende Publikation „Arthrose-Info“ des Deutschen Arthrose-Hilfe e.V. klärt über die Volkskrankheit auf und gibt zahlreiche fundierte Hinweise und Empfehlungen. In ihrer neuesten Ausgabe widmet sie sich insbesondere den Ursachen, Diagnose- und Therapiemöglichkeiten sowie der Vorbeugung von Hüftarthrose.

Ein Musterheft der „Arthrose-Info“ kann kostenlos angefordert werden bei:

Deutsche Arthrose-Hilfe e.V.
Postfach 11 05 51
60040 Frankfurt/Main

(Bitte eine 0,56-Euro-Briefmarke für Rückporto beifügen)